

Die „Kriegszeit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die jüngstgegründete Konspiration über deren Namen köstet 8.— M. einschließlich des jetzigebrachten Wortes 2.50 M., jedes 2. Wort 1.75 M. einschließlich des jetzigebrachten Wortes 1.50 M., jedes 2. Wort 1.25 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Genossenschaft

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Stimme der Internationale

Entschliessung der Fünfländer-Konferenz zur Reparationsfrage

Schluss der Fünfländer-Konferenz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Frankfurt a. M., 27. Februar.

Die Fünfländerkonferenz ist heute nach längerer Debatte zu einem guten Ende gekommen. Der Sonntag war den Arbeiten der Kommissionen gewidmet. Eine Plenarsitzung fand nicht statt. Heute wurden die Resolutionen der Kommission für die Reparationsfrage und für die Entwaffnungsfrage vorgelesen und nach längerer Debatte einstimmig angenommen. Für die französischen Sozialisten gab Genosse Grumbach noch die Versicherung ab, daß sie über die Verpflichtungen hinaus den Militarismus in Frankreich bekämpfen und den deutschen Genossen beistehen werden, was von den deutschen Genossen mit lebhaftem Beifall aufgenommen und von Wells für die S. P. D. und Rosenfeld für die U. S. P. mit dem Ergebnis gleichen Kampfes beantwortet wurde. Paul Faure schloß dann kurz nach 9 Uhr abends die Konferenz mit einer kurzen, warm gehaltenen Ansprache, die mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde. Zum Schluss sangen die Delegierten gemeinsam die Internationale.

Der Wortlaut der Resolution

Der „Soz. Parlamentsdienst“ verbreitet folgende, in der Plenarsitzung der Fünfländerkonferenz am Montag nachmittag einstimmig angenommene Resolution:

Am Vorabend der Konferenz in Genua konstatierten die Delegierten der sozialistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den offensichtlichen Bankrott der Politik des Zwanges und der Gewalt, die bisher den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert hat. Sie sind überzeugt, daß nur der Sozialismus durch die friedliche Verständigung der Völker und die allgemeine Souveränität der Arbeit die Schwierigkeiten, die aus den Rivalitäten und der Anarchie des Kapitalismus entspringen, aus der Welt zu schaffen imstande ist. Sie sind aber auch überzeugt, daß selbst eine nur teilweise und provisorische Lösung nur auf der Grundlage der internationalen Souveränität gefunden werden kann. Die Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft, insbesondere mit dem Wiederaufbau Rußlands. Die Erörterung in Genua ist daher unerlässlich.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben die Delegierten einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete muß von Deutschland in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit übernommen werden.

Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands haben auf der Konferenz von Amsterdam am 1. April 1921 erneut die Wiederherstellung verkündet und sich verpflichtet, mit allen ihren Mitteln und allen ihren Kräften daran mitzuwirken. Die Tatsachen haben schon die Unhaltbarkeit des im Friedensvertrag von Versailles zur Durchführung des Wiederaufbaues vorgesehenen Systems erwiesen:

Die Ausfuhr Deutschlands hat sich nicht so gesteigert, daß sie ihm erlaubt hätte, sich die nötigen Zahlungsmittel in Gold zu beschaffen. Die deutsche Währung ist zusammengebrochen, und zwar in einem solchen Maße, daß Deutschland der Ankauf von Devisen äußerst schwierig wird. Der Weltverbraucher ist so zurückgegangen, daß die Ausfuhr Deutschlands nicht groß genug war, um ihm die Leistung der ihm aufgebürdeten Zahlungen zu ermöglichen, daß sie aber andererseits genügt hat, die Arbeitslosigkeit in den übrigen Industriestaaten zu verstärken. Ein Teil der Verantwortung ist allerdings auf die Schwäche der deutschen Regierung gegenüber ihrer Bourgeoisie zurückzuführen. Das Problem stellt sich also folgendermaßen dar:

Einerseits ist Deutschland von den nächsten Zahlungen Frankreichs und Belgiens gegenüber zu bestehen, andererseits gilt es, die Wiedergutmachung durchzuführen, ohne dazu Maßnahmen heranzuziehen, die zur Verelendung des deutschen Proletariats führen, Deutschlands Währung erdrücken und die Ausfuhrprämien noch steigern, die zum großen Teil auf Kosten der Arbeiterlöhne erhoben werden.

Die Lösung dieses Problems ist nur möglich durch Maßnahmen von internationalem Charakter, die in ihren Einzelheiten bereits von den Sozialisten-Konferenzen von Amsterdam vorgesehen sind. Sie verfolgen den doppelten Zweck, die zerstörten Gebiete zunächst wiederherzustellen, ohne Frankreich und Belgien unter der Last der unvermeidlichen Vorauslagen zu erdrücken und die finanzielle Gesundung Deutschlands zu erleichtern, damit ihm der notwendige Zahlungsausschub und die Erleichterungen gewährt werden.

Diese Maßnahmen würden namentlich sein:

1. Annahme eines Systems von Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit.

2. Die Schaffung eines internationalen Wiederaufbauinstitutes durch alle daran interessierten Staaten, um die Rohstoffe und Arbeitskräfte den Bedürfnissen des Wiederaufbaues dienlich zu machen.

3. Annullierung von internationaler Übernahme derjenigen Stellen, die Deutschland in bezug auf die Kriegspensionen ausgesetzt wurde, im Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten, die beiderseits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen wurden.

4. Streichung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege entstanden sind.

5. Vorschüsse an die Länder, deren Kauf- und Produktionsfähigkeit zur Zeit lahmgelegt ist durch Lieferung von Maschinen, Lebens- und Transportmitteln, die unentbehrlich sind, um die Hungernot zu bekämpfen, und die Industrie wiederaufbauen zu können.

6. Gründung eines internationalen Institutes für Wiederaufbau und Kreditgewährung; namentlich zu dem Zweck:

- a) den verwüsteten Ländern sofort die nötigen Summen zu liefern, die für ihre Wiederherstellung unentbehrlich sind;
- b) den schon durch Hungernot heimgesuchten Ländern, die nicht imstande sind, ohne Hilfe von auswärts, ihren Platz in der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft wieder einzunehmen, zu Hilfe zu kommen;
- c) die Zahlung von Pensionen aller Kriegsooper in dem Maße des Möglichen zu internationalisieren.

7. Die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtes für alle Streitigkeiten, die sich aus der Ausübung dieses Wiederaufbauplanes ergeben können.

Um das Werk des Wiederaufbaues Europas, mit dem die Frage der Reparation unlösbar verbunden ist, durchzuführen, muß, wie schon die Vertreter der 39, auf der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vertretenen Länder einstimmig feststellten, die Welt den Rivalitäten und Feindschaftsgefühlen ein Ende machen, wie sie die unausbleiblichen Folgen des Weltkrieges sind.

Es ist die Aufgabe, vor allem der sozialistischen und Arbeiterparteien, einem Geisteszustand entgegenzuwirken, den kapitalistischen Versuchen, die Hand auf die Länder zu legen, die durch den Krieg zu Grunde gerichtet sind, zu brandmarken, und alle Kraft aufzubieten, um dieses zu vereiteln.

In Erwartung der allgemeinen Konferenz, deren baldigen Zusammentritt sie erhoffen und begrüßen, sind die in Frankfurt vertretenen sozialistischen Parteien eingeschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um der Politik des Zwanges eine Politik der gegenseitigen Hilfe und der Volkssolidarität entgegenzusetzen."

Radek für Prestigepolitik

St. Moskau, 25. Februar. (Eig. Bericht.)

Die durch Verkehrsschwierigkeiten entstandene Verzögerung der allrussischen Vorkonferenz für Genua hat Tschitscherin veranlaßt, bei der italienischen Regierung eine Verschiebung der internationalen Konferenz zu beantragen. In der Rote, die diesen Antrag übermittelt, werden gleichzeitig Garantien für die persönliche Sicherheit der Sowjetdelegierten und für die Unverletzlichkeit ihres Gepäcks und ihrer Korrespondenzen gefordert.

Radek und Krassin sind inzwischen in Moskau eingetroffen und trotz schwerer Erkrankung Lenins fand noch am Tage ihrer Ankunft eine Beratung mit dem Rat der Volkskommissare statt. Diese Beratung trug einen ziemlich kämpferischen Charakter, weil Radek, unterstützt von den auf dem linken Flügel der kommunistischen Partei stehenden Volkskommissaren scharfe Angriffe auf die bisherige Außenpolitik der Sowjetregierung unternahm. Er erklärte, bei seiner Reise durch Mitteleuropa habe er deutlich spüren können, daß die Sowjetregierung bisher viel zu wenig darauf geachtet habe, ihr Prestige als Regierung einer europäischen Großmacht zu bewahren. Es müsse in viel stärkerem Maße als jetzt Prestigepolitik getrieben werden.

Die französisch-russischen Verhandlungen

DE. Berlin, 27. Februar.

Aus zuverlässiger Quelle erfährt der Ost-Expres, daß der Referent der russischen Angelegenheiten beim französischen Handelsministerium Graf Chevillon, der während der Streikstage im Auto aus Paris in Berlin eingetroffen war, um mit den Sowjetkollektoren in Verbindung zu treten, tatsächlich mit keinem der damals in Berlin anwesenden Sowjetvertreter konferieren konnte. Auch die von anderer Seite gemeldete angebliche Zusammenkunft mit Radek hat nicht stattgefunden. Die Vertreter der Sowjetregierung standen auf dem Standpunkt, daß sie andere Möglichkeiten zu Verhandlungen mit Frankreich hätten und hielten es für inopportun, mit Chevillon zu verhandeln, der nicht als Beauftragter der französischen Regierung, sondern im Namen einer privaten Gruppe auftrat.

Wucher und Liebesgabe

Nach einer recht kurzen Periode der verhältnismäßig ruhigen Preisentwicklung ist neuerdings eine stürmische Aufwärtsentwicklung aller Preise eingetreten. Erhöhung der Verkehrsstarife, Steigerung der Kohlenpreise, der Zölle und das Steigen der ausländischen Devisenkurse haben diese Bewegung eingeleitet. Sie ist aber gewaltig verstärkt worden durch die Mitte Februar eingetretene Erhöhung der Brotpreise, die für eine vierköpfige Familie eine Mehrbelastung von wöchentlich 30 Mark ausmacht. In der jetzigen Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger mußte diese erhebliche Mehrbelastung selbstverständlich zu neuen Lohn- und Gehaltsforderungen führen und damit Preissteigerungen auch auf allen anderen Gebieten nach sich ziehen.

Die Heraussetzung der Brotpreise ist notwendig geworden, weil das Reich die Zuschüsse, die es bisher zum Brotpreise gewährt hat, abbaut. Den äußeren Anstoß dazu hat gewiß die Vorstellung der Entente gegeben, die den Fortfall der Reichszuschüsse zu den Lebensmitteln als die Voraussetzung für die Neuordnung bzw. Ermäßigung der Reparationslasten bezeichnete. Die alleinige Ursache aber ist das keineswegs. Viel wichtiger sind die innerpolitischen Maßnahmen, durch die der Abbau der Zuschüsse so schnell erfolgen mußte und die Wirkungen dieser Maßnahme für die Lohn- und Gehaltsempfänger so überaus drückend wurden.

Die wichtigste Ursache ist der falsche Weg, den die deutsche Ernährungspolitik unter der Herrschaft des Ministers Hermes eingeschlagen hat. Er entsprach zunächst dem Drängen der Agrarier und der bürgerlichen Parteien nach Befreiung der Zwangswirtschaft für Vieh und Kartoffeln. Als dadurch die Getreidezwangswirtschaft fast völlig untergraben war, führte er später auch den teilweisen Abbau der Zwangswirtschaft für Getreide durch, obwohl die Voraussetzungen dafür — die freie Einfuhr von Getreide zu erträglichen Preisen — gerade in der Zeit, als das geschah, weniger gegeben waren als vorher. Denn die Einführung des Umlageverfahrens fiel in die Zeit der sprunghaften Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel und damit der hohen Preise für ausländisches Getreide. Sofort stiegen natürlich auch die Preise für das freie inländische Getreide auf dieselbe Höhe und verschafften den Agrariern die Möglichkeit zu hohen unverdienten Konjunkturgewinnen.

In Voraussicht dieser Entwicklung, die das Ernährungsministerium angeblich nicht kommen sah und deshalb bei seinen Vorschlägen nicht berücksichtigte, hatten die Agrarier einen jähen Kampf wegen der Höhe der von ihnen pflichtgemäß zu Höchstpreisen abzusetzenden Getreidemengen geführt. Da 4 1/2 Millionen Tonnen Getreide notwendig sind, um die Bevölkerung mit der Brottration in der früheren Höhe zu versorgen, war die von der Landwirtschaft durch die Umlage aufzubringende Menge ursprünglich auch auf diese Höhe festgesetzt. Herr Hermes aber unterlag dem Ansturm der Agrarier. Er schlug nur 3 1/2 Millionen Tonnen vor und begnügte sich zum Schluß sogar mit 2 1/2 Millionen Tonnen. Das Reich mußte dadurch 2 Millionen Tonnen zu den hohen Weltmarktpreisen kaufen, so daß die im Etat 1921/22 zur Verfügung des Brotes zur Verfügung gestellten Milliarden vorzeitig aufgebraucht waren.

Die Brotpreiserhöhung, unter der jetzt die Massen so schwer zu leiden haben, ist also eine Folge der Lockerung der Zwangswirtschaft und der zu niedrigen Festsetzung der Getreideumlage durch die bürgerlichen Parteien. Während die gutgläubigen Massen, die seinerzeit auf das Geschrei hereingefallen sind, daß die freie Wirtschaft ihnen gute und billige Versorgung bringen werde, jetzt mit Skorpionen gequält werden, plagen die Geldbeutel der Agrarier unter der Fülle der ihnen daraus entstandenen Gewinne.

Die Getreidepreise sind in den letzten Wochen gewaltig gestiegen. In dem Wettlauf zwischen den erhöhten Dollarkursen und den Getreidepreisen haben die letzteren den Sieg davongetragen. Inländisches Getreide stand zeitweilig höher im Preis als Weltmarktgetreide, weil die Abschätzung Deutschlands vom Weltmarkt den Agrariern den rückichtslosten Getreidewucher gestattete. Die Schärfe der jüngsten Preissteigerungen auf dem Getreidemarkt war nämlich weniger eine Folge des Steigens des Dollars als der großen Zurückhaltung auf dem Inlandsmarkt. Die Landwirte rechnen mit weiteren Steigerungen der Preise. Sie zögern infolgedessen mit dem Verkauf, steigern dadurch künstlich das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, da es erhöhte Gewinne für sie bedeutet. Kein Staatsanwalt, kein Wuchergesicht, kein Ernährungsminister kümmert sich um diese skandalöse Auswucherung des Volkes.

Im Gegenteil: Nach wie vor ist die Politik des Ernährungsministeriums eingestellt auf die Gewährung von Liebesgaben an die großen Landwirte. Trotz der drückenden Finanzlage des Reiches und des Abbaues der Protzzuschüsse, hat der Reichstag in der letzten Woche wiederum 2 Milliarden 400 Millionen Mark für die Verbilligung von Mais für Futtermittel bewilligt. Diese Bewilligung ist nichts anderes als ein Geschenk an die großen getreideerzeugenden Landwirte. Sie hat weder die vermehrte Auf-

zucht von Schweinen gebracht, die vorgetuschelt wurde, als man die ersten fast 2 1/2 Milliarden für denselben Zweck anforderte, noch hat sie das inländische Getreide vor Verfüterung bewahrt und dadurch dem Reich den Ankauf von teurem Auslandsgetreide erspart. Die Gewissenlosigkeit der bürgerlichen Parteien ist ebenso groß wie ihre Unerfahrenheit nach Subventionen aus öffentlichen Mitteln. Der Staat ist ihnen nie etwas anderes gewesen als das Mittel, die Befehlenden auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Das Umlageverfahren für Getreide, durch das den Landwirten im Durchschnitt nur ein Sechstel ihrer Ernte zu den niedrigeren Höchstpreisen abverlangt wird, ist ihnen ein Hindernis auf diesem Wege. Alle Kräfte haben sie deshalb auf den Kampf gegen diese Umlage konzentriert. Sie wissen, daß sie noch stets gefiegt haben, wenn sie willens waren, von ihren starken Ellenbogen Gebrauch zu machen. Es ist kein Zweifel, daß die unbestimmte Erklärung, die Hermes kürzlich über seine Absichten bezüglich der Getreidewirtschaft abgab, die Einleitung zu der Herstellung der völlig freien Getreidewirtschaft ist. Was sie aber bei fortschreitender Umlageverwertung bedeutet, kann man sich gegenwärtig nur vorstellen. Wenn auch die Nachrichten über den Abschluß von Verträgen für das Getreide der nächsten Ernte zu den drei- und vierfach höheren Preisen, als sie jetzt gezahlt werden, vielleicht übertrieben sind, so steht doch zweifelsfrei fest, daß die völlig freie Getreidewirtschaft die große Masse des Volkes auf Gnade und Ungnade dem Wucher der Agrarier ausliefern würde. Die hundertfache Steigerung, die wir jetzt bei den Kartoffelpreisen erleben, würde sich auch auf das Brot übertragen. Nicht 14 bis 15 M., sondern 50 bis 60 M. wäre dann der Preis, den künftig ein Brot kosten würde.

Diese Gefahr rechtzeitig zu erkennen und die entsprechenden Abwehrmaßnahmen zu treffen, ist jetzt in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften. Ziel zu sehr haben sie sich bisher darauf verlassen, daß sie durch Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse imstande sein werden, den Ausgleich für die gestiegenen Preise herbeizuführen. Das war ein Trugschluß, denn die Erhöhung der Löhne folgte stets im weitesten Maße den gestiegenen Preisen und verhinderte nicht das Sinken des Glanzes, das auf allen Schichten der Arbeiterklasse lastet. Die Wirtschaftspolitik des Reiches in Einklang mit den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, die Lohnentwicklung der Preisentwicklung anzupassen, das ist die Aufgabe, die die Gewerkschaften mit größerem Nachdruck als bisher zu lösen haben werden.

Das angebliche Opfer

Die Beratungen über die Zwangsanleihe

W. L. B. meldet: Die Beratungen über die Schaffung und Ausgabe einer Zwangsanleihe, die im Reichsfinanzministerium in den letzten Wochen stattgefunden haben, sind jetzt soweit vorgeschritten, daß Sachverständige aus Bankkreisen, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Arbeiterschaft gehört werden können. Zum Teil ist das schon geschehen; binnen kurzem werden die Vorschläge der Sachverständigen fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden. Ueber den bisher vorliegenden Plan muß aus nachstehenden Gründen Stillschweigen bewahrt werden, doch steht fest, daß die Zwangsanleihe ein Opfer des Besten sein wird.

Man wird diesen Mitteilungen aus dem Finanzministerium mit dem größten Mißtrauen begegnen müssen. Denn Herr Hermes als Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei dürfte kaum bereit sein, eine Maßnahme zu veranlassen, die diesen Herren unangenehm ist.

Rechtssozialisten und Steuerkompromiß

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften steuerfrei?

Wir berichteten bereits über die Funktionärskonferenz der S. P. D. in Ostfriesland, in denen Entschlüsse gegen das Steuerkompromiß und gegen die Koalition gegen wenige Stimmen angenommen wurden. Aus dem ausführlichen Bericht der „Dresdener Volkszeitung“ ist ersichtlich, daß dieser Entschluß eine gründliche Diskussion vorausging. Das Referat hielt der Abg. Rahmann, das Korreferat der Abg. Schmidt-Meißner. Der letztere bezeichnete das Steuerkompromiß als ein Unglück für die Partei und für die Arbeiter. Auf demselben Standpunkt stellte sich der führende Wirtschaftsminister Follisch, während der Redakteur der „Dresdener Volkszeitung“ Gröschl zwar die Schwierigkeiten anerkannte, unter denen die Fraktion zu handeln gehabt habe, ihr aber trotzdem den Vorwurf machte, sie hätte eine Position nach der anderen aufgegeben. Man forderte deshalb scharfe Stellungnahme gegen die große Koalition und die Deutsche Volkspartei und Annäherung an die Unabhängigen. „Man fürchte im Bürgertum weder die Sozialdemokraten, noch die Unabhängigen, noch die Kommunisten, aber man fürchte die Einigung der Partei des Proletariats“, so schloß unter stürmischem Beifall Follisch seine Rede.

Die in dieser Versammlung — trotz des mit unrichtigen Argumenten unternommenen Rechtfertigungsversuchs des Abg. Rahmann — zum Ausdruck gekommene Unzufriedenheit der rechtssozialistischen Funktionäre mit der Haltung ihrer Reichstagsfraktion zum Steuerkompromiß hat volle Berechtigung. Die rechtssozialistische Fraktion ist das Anhängsel der bürgerlichen Parteien, das zwar zur Verabschiedung der Steuerkompromisse notwendig ist, das aber auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß hat. In der zweiten Lesung der Steuerkompromisse im Ausschuss ist das, was auch bisher nur bei untergeordneten Fragen, deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Meinung der Rechtssozialisten spielt für Zentrum und Demokraten eine viel geringere Rolle als die Forderungen der Deutschen Volkspartei, eine Reihe von Verschleierungen des Steuerkompromisses fanden deshalb trotz des Widerstandes der Rechtssozialisten Annahme. Das hat aber die Rechtssozialisten nicht gehindert, gegen die Anträge zur Verbesserung des Steuerkompromisses zu stimmen, die von den Unabhängigen gestellt wurden. Sie halten sich an das Steuerkompromiß gebunden, während die bürgerlichen Parteien gar nicht daran denken, dieselbe Stellung einzunehmen.

Den deutlichsten Beweis liefert die Haltung der bürgerlichen Parteien vor Besteuerung der Genossenschaften. Das Steuerkompromiß steht bekanntlich vor, daß die bereits beschlossene Steuerfreiheit für alle Arten der Genossenschaft befristet wird. Trotzdem haben jetzt die bürgerlichen Parteien, die den Agrariern nahe stehen, im Steuerausschuss einen Antrag eingebracht, wonach diejenigen Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden, deren Mitglieder ausschließlich die Erzeugnisse der Uerzeugnisse sind. Das heißt also, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreit bleiben sollen, die Arbeiter-Konsumvereine aber die Steuer, die für sie die Gefahr einer Erdoberflutung mit sich bringt, in voller Höhe tragen sollen. Die leistungsfähigen Agrarier sollen also weiterhin bevorzugt, die unter der Steuerlast bereits

jetzt zusammenbrechenden Arbeiter und ihre Genossenschaften weiter benachteiligt werden.

Dieser Vorgang zeigt, wie rücksichtslos die bürgerlichen Parteien ihre Macht auszunutzen versuchen. Sie pfeifen auf das Steuerkompromiß, wo es ihnen im Wege ist. Sie suchen an allen Ecken und Enden neue Vorteile für die Befehlenden herauszuschlagen, während die Rechtssozialisten jeden Versuch unterlassen, die Arbeiterinteressen trotz des Steuerkompromisses zur Geltung zu bringen.

Die Luxussteuerfreien Teppiche

Wie die Agrarier Steuern hinterziehen

Alljährlich halten die Agrarier im Zirkus Busch eine Tagung ab, in der sie über die Notlage der landwirtschaftlichen Bevölkerung jammern und neuerdings auch die notwendigen Anweisungen erteilen, wie man den Staat um die Steuern betrügt. Ueber einige Vorkommnisse anlässlich der letzten Tagung des Brandenburgischen Landbundes wird dem „Vorwärts“ berichtet:

Am Dienstag, den 14. Februar 1922, war ich zufällig im Hotel „Russischer Hof“ und sah dort Teppiche ausgestellt. Aus einem gewissen Interesse heraus erkundigte ich mich nach dem Preise derselben und hörte, daß ich schon von 35 000 M. an einen Teppich erhalten könnte.

Später fand ich in einem nebenan liegenden Saale, in dem ich zu einer Sitzung geladen war, den beklagenden Zettel. Ich ging nunmehr erneut zu der Teppichausstellung, und als ich da wieder nach meinem Begehrt gefragt wurde und ich erklärte, daß mir die Preise zu teuer seien, wurde mir zur Antwort: „Ja, es sind ja auch ganz ausgeglichene Stücke. Gebrauchsteppiche haben wir nicht. Die Landwirte, die gerade in Berlin sind, wollen ihr Kapital anlegen und da kommen natürlich nur teure Sachen in Betracht.“

Der erwähnte Zettel hat dieses Aussehen:

Die von Mitgliedern des

Deutschen Offizier-Bundes (DOB.)

und den ihm nahestehenden Kreisen gekauften

Persterteppiche

stellen vor während der Landwirtschaftlichen Woche zwecks Weiterverkauf aus, und zwar im Hotel Russischer Hof (Roter Saal) gegenüber Bahnhof Friedrichstraße. Beste Qualität. Billigster Gelegenheitskauf. Luxussteuerfrei. Sicherste Kapitalanlage. Dauernd steigender Wert, da Einfuhr unmöglich. Verkäufen Sie nicht, unsere Ausstellung zu besichtigen.

(Name der Firma). Teppich-Kunst-Gemälde.

Unter Mitarbeit und Kontrolle des

Deutschen Offizierbundes.

Dieses Dokument erklärt, weshalb sich die Vertreter der Agrarier im Steuerausschuss so heftig dagegen wehrten, daß auch der Hausrat der Besitzenden zur Steuer herangezogen wird. Er zeigt ferner, daß in agrarischen Kreisen durchaus kein Mangel an Kapital vorhanden ist, sondern so großer Ueberfluß, daß man Mühe hat, es vor dem steuerlichen Zugriff zu schützen. Mit Erfolg weiteten sie in dieser Art der Steuerhinterziehung die Agrarier mit den geizigsten Berufschleibern und sonstigen Spekulanten.

Beginn der preussisch-hamburgischen Verhandlungen

Am gestrigen Montag, nachmittags 5 Uhr, begannen im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums die Verhandlungen über Groß-Hamburg. Der preussische Ministerpräsident Braun eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßung, in der er hervorhob, auch die preussische Regierung verkenne nicht, daß die sachgemäße Ausgestaltung des Hamburgischen Hafengebietes zur Ermöglichung der wirtschaftlichen Höchstleistung nicht nur im besonderen hamburgischen, sondern im allgemeinen deutschen wirtschaftlichen Interesse liege. Die preussische Regierung gehe mit dem Senat Hamburgs schon im Ziele einig, und es werde Aufgabe der Verhandlungen sein, den richtigen, allen berechtigten Interessen Rechnung tragenden Weg zu diesem, zum Wohle unserer deutschen Wirtschaft zu erstrebenden Ziele zu finden. Wenn beide Teile partikularistische Sonderinteressen zurückstellten, würde es möglich sein, das Problem in kürzester Zeit befriedigend zu lösen.

Das Zuderbrot

Herr Groener macht sich nach und nach alle abgebrauchten Methoden des organisierten industriellen Scharfmachertums in der Behandlung der Arbeiter und Angestellten zu eigen. Nicht nur der Standpunkt des „Herrn im eigenen Hause“ gilt für ihn als maßgebend, sondern auch das von den Scharfmachern gleichfalls erfolglos angewandte Prinzip „Teile und herrsche“ gilt ihm als Richtschnur für den Umgang mit den Beamten. Wir meldeten schon bald nach Abbruch des Eisenbahnbeamtenstreiks, daß Herr Groener in einem besonderen Erlaß den Beamten und Arbeitern, die ihm die „Teure“ gewahrt haben, sein besonderes Wohlwollen in Aussicht stellte. Wie das jetzt in die Tat umgesetzt wird, ergibt sich aus Mitteilungen, die uns über Vorgänge auf dem Stettiner Bahnhof gemacht werden. Dort sind 18 Beamte, die sich nicht am Streik beteiligt haben, mit Belohnungen in Höhe von 500 bis 1000 Mark ausgezeichnet worden. Wenn Herr Groener das nicht glauben sollte, so könnten wir ihm sogar Namen nennen. Arbeiter, die Streikarbeit gemacht haben, haben dazumit Belohnungen in Höhe von 100 M. pro Kopf bekommen. Gewissenhaft wie man ist, hat man davon sogar die 10 Prozent Steuern einbehalten. Insgesamt wird die Summe, die allein am Stettiner Bahnhof für derartige Zwecke ausgeworfen worden ist, auf 62 000 M. berechnet. Alle, die einen Anspruch auf solchen Zuderslohn zu haben glauben, drängeln sich jetzt an die Verwaltung heran. Bis jetzt liegen 3000 Anträge auf Unterscheidung vor. Die meisten der Antragsteller fordern die Summe von 1000 Mark.

Das Wohlwollen des Herrn Groener und seiner nachgeordneten Trabanten gilt aber nicht bloß denen, die sich vom Streik ferngehalten haben, sondern auch der Technischen Reichsliste. Ihre Tätigkeit hat im Bezirk Berlin während des Eisenbahnstreiks etwa 5 1/2 Millionen Mark gekostet, dafür hat die Technische Reichsliste 800 Mann gestellt. Damit auch diese Trüder für ihre Tätigkeit ausreichende Belohnungen empfangen können und damit außerdem dieses herrliche Unternehmen weiter ausgebaut werden kann, hat wie uns mitgeteilt wird, die Stadt Potsdam aus dem Stadtkasse 55 Millionen Mark gestiftet.

So wird mit den Geldern der Gesamtheit umgegangen. Und nun erinnere man sich an die geschwollenen Reden von der Sparbarkeit, die von den Reaktionsären bei jeder Gelegenheit gehalten werden, und an die dringenden Ermahnungen zur Mäßigkeit, die die gleichen Kreise an die Beamten, Arbeiter und Angestellten des Staates richten — und man hat ein Bild von der maßlosen Heuchelei, mit der die Kopfstecher der Rechten bis weit in das demokratische Lager hinein ihren politischen Baueinsatz betreiben.

Die Einheitsfront der Juristen

Vor einigen Tagen haben wir einer eventuellen Regierung Heffterich-Hergt-Stinnes Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Heine als stärksten unter allen zur Verfügung stehenden starken Männern in Empfehlung bringen können. Wir teilten mit, daß Herr Heine in einem Artikel über den Beamtenstreik in den „Sozialistischen Monatsheften“ sich um den Beweis bemüht hat, daß es von Rechts wegen gar kein Streikrecht gibt. Wir meinten dazu, daß diese Ausführungen am besten in der Deutschen Arbeiterzeitung untergebracht gewesen wären. Wie recht wir damit hatten, wird durch einen Artikel dieses Scharfmacherblattes, das sich mit dem Streik der Eisenbahner beschäftigt und einen Kollegen von Herrn Heine, nämlich Herrn Rechtsanwalt v. Karger zum Verfasser hat, bewiesen. Folgende Ausführungen des Herrn v. Karger machen den Eindruck, als wenn er Sinn und Wortlaut vorher mit Herrn Heine verabredet hätte:

„Bereits früher habe ich nachgewiesen, daß es ein allgemeines Streikrecht nicht gibt; mag der Staat auch davon absehen, in den Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzugreifen, mag er seine Polizeikräfte anweisen, Streikposten nicht zu beschleichen, mag er jedem Terror noch so duldsam gegenüberstehen, alles dies ändert nichts daran, daß eine Handlung wie Sachbeschädigung, Nötigung, Erpressung, Vertragsbruch und alle die sonstigen ständigen Begleiterscheinungen des Streiks, die nun einmal unierren Gesetzen zuwiderlaufen, nicht dadurch rechtmäßig werden, daß sie der Durchführung eines Streiks dienen. Der einzig rechtlich zulässige Streik ist der unter ordnungsmäßiger Kündigung des Vertragsverhältnisses.“

Herr Heine und Herr von Karger, der Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, und sein Kollege von der „Deutschen Arbeiterzeitung“ gleichen sich soweit in der Tat wie ein Ei dem anderen. Nur hat Herr v. Karger noch ein Einsehen. Er fügt ehrlicherweise hinzu:

„Wenn alle Arbeitnehmer eines Betriebes geschlossen kündigen, und sie durch den Geschehen nicht zu widerlaufende Maßnahmen erreichen, daß andere Arbeitnehmer in dem Betriebe keine Arbeit nehmen, dann läßt sich im allgemeinen gegen dieses Vorgehen nichts einwenden; bei diesem Kampf bleibt der Sieger, der länger aushält.“

Herr Wolfgang Heine hat das sogar vergessen. Und das ist es schließlich, worauf es ankommt. Wenn dieser Folgerung aber für den einen Arbeitnehmer, nämlich für den Arbeiter und Angestellten gilt, warum soll sie dann für den anderen Arbeitnehmer, den Beamten, nicht gelten? Das bleibt das Geheimnis der Juristen von Heine bis Karger.

Rachne „in Notwehr“

Der Fall Rachne droht sich nachgerade zu einem neuen Justizskandal auszuwickeln. Dem allgemeinen Befremden der breitesten Öffentlichkeit darüber, daß dem schickwütigen Junker noch kein Haftbefehl an den Kopf gehängt wurde, wird zur Antwort, daß die bisherigen Ergebnisse der Voruntersuchung einen Mangel an hinreichendem Tatverdacht ergeben hätten. Demnach scheint das Gericht Herrn Rachne in seiner Behauptung beizupflichten, daß er sich in Notwehr befunden habe. Warum auch nicht. Zwar haben die Rachnes schon reichlich oft „in Notwehr“ gehandelt, aber ein Potsdamer Richter hat auch dafür Verständnis.

Unsofortiger Verständnis hat die Arbeiterschaft für das Verhalten der gerichtlichen Stelle in diesem Fall. Sie fordert, daß endlich gegen die junckerlichen Verbrecher ebenso schnell und energig vorgegangen wird, wie es gerade die Potsdamer Richter den Arbeitern gegenüber so oft bewiesen haben.

Das Sittengesetz der Beamten

Nicht nur im Reichspostministerium, allwo Herr Giesberts regiert, werden Beamtinnen entlassen, die sich des Verbrochens schuldig gemacht haben, ein Kind ohne behördliche Genehmigung auf die Welt gebracht zu haben. Die eigenen Geschlechtsgenossinnen sind nicht viel besser als Herr Giesberts, dem man doch immerhin zugute halten muß, daß er als frommer Zentrumsmann den Ministerstuhl ziert. So haben verschiedene weibliche Beamtinnenvereinigungen des Inhalts gefordert, daß die außereheliche Mutterchaft einer Beamtin ihre Entlassung aus dem Dienstverhältnis rechtfertige. Diese jarten Seelen bilden also eine Herrn Giesberts zweifellos willkommene Verstärkung seiner Position. Doch das alles hilft nicht darüber hinweg, daß beide, Minister und leuchtende Beamtinnen, total im Unrecht sind.

Zweifelhaft: einmal sehen sie sich mit den elementarsten Grundgesetzen jeder anständigen Denkart in schärfsten Widerspruch, die nicht will, daß man die uneheliche Mutter gesellschaftlich und sozial ächtet und so mit der Mutter auch das kommende Wesen schädigt und oft genug vernichtet. Zum anderen verstoßen sowohl der Herr Minister als seine weiblichen Gefährtinnen gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung. Darauf weist auch eine Erklärung hin, die der Deutsche Bund für Mutterschutz erläßt. Darin heißt es:

„Die Dienstentlassung von Beamtinnen lediglich aus dem Grunde der außerehelichen Mutterchaft ist sozial und sittlich verwerflich und widerspricht der Verfassung des Deutschen Reiches.“

Art. 119, Abs. 3 der Reichsverfassung lautet: „Die Mutterchaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ — Es darf daher keine Beamtin von Staats wegen um ihrer Mutterchaft willen kraftlos gemacht und gerade des Schutzes und der Fürsorge, deren sie als Mutter bedarf, beraubt werden.

Art. 121 derselben lautet: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen.“ — Daher dürfen die außerehelichen Kinder von Beamtinnen nicht von Staats wegen durch die Dienstentlassung der Mutter eben um der Mutterchaft willen der Not und Verelendung preisgegeben werden.

Nach Art. 125 der Reichsverfassung sind alle Staatsbürger, unter Befreiung aller Ausnahmefälle, gleichberechtigt in der Ausübung ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen. — Es ist hieraus klar, daß bei den weiblichen Beamten die Mutterchaft als solche nicht als Entlassungsgrund beizubehalten darf, um so weniger, als bei den männlichen Beamten die außereheliche Vaterchaft nie als Entlassungsgrund herangezogen wird.

Dieser Erklärung ist vollständig beizupflichten, wie es überhaupt schon öfter nötig war, Herrn Giesberts das angelegentlichste Studium der Verfassung zu empfehlen. Es sollte nicht möglich sein, daß im neuen Deutschland von höchster Stelle nicht nur der Geist der Verfassung labotiert, sondern auch ausgesprochen unsozialer, volksfeindlicher Praxis geschäftigt wird. Die Beamtinnen aber, die teils aus Beschränkter oder verlorener Sittlichkeit aber aus einseitigem Egoismus eine uneheliche Mutter in Not und Damm erklären, sollten sich schämen, vorausgesetzt, daß ihr verrottetes Muttertum ihnen das noch möglich macht.

Privatkapitalistischer Wiederaufbau

Das neue Sachlieferungsprogramm

Seit 14 Tagen weisen Vertreter der Reparationskommission in Berlin, um mit der deutschen Regierung über die neue Gestaltung der Sachlieferungen zu beraten. Als Ergebnis dieser Verhandlungen ist gestern zwischen den Vertretern der Reparationskommission unter der Führung des Belgiers Bemelmans und den Vertretern des Wiederaufbau- und Wirtschaftsministeriums ein Abkommen paraphiert worden, das der deutschen Regierung und der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Das Wesentliche dieses Abkommens bestätigt die Befürchtungen, die im Laufe dieser Verhandlungen besonders von gewerkschaftlicher Seite laut wurden: Es führt anstelle der bisherigen gebundenen Wirtschaft durch die Staatsbehörden die freie Wirtschaft der Interessenten ein.

Man erinnert sich, daß hinsichtlich der Sachlieferungen, wie sie Deutschland insbesondere aus dem Wiesbadener Abkommen erwachsen, vorgesehen war, das Aufkommen eines Reparationsgewinnlertums dadurch zu unterbinden, daß ein großer Lieferungsverband, in dem auch die Gewerkschaften sich und Stimme haben, die eingehenden Aufträge weitergeben sollte. Diese Absicht ist von der Entente vereitelt worden. Man macht von dieser Seite den Einwurf, daß der jetzige behördliche Apparat zu umständlich sei und die Leistung der Sachlieferungen verzögere. Dazu kommt die neue Lage seit der Konferenz in Cannes. Bis dahin mußte alles, was nicht durch Sachleistungen gedeckt wurde, bar in Gold gezahlt werden. Gegenwärtig werden für Barzahlungen und Sachleistungen getrennte Rechnungen geführt. Nach den vorläufigen Festsetzungen soll Deutschland jährlich 720 Millionen Gold und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen liefern. Wird dieser Betrag in Sachleistungen nicht erreicht, so steigt dadurch die Summe der fälligen Barzahlungen nicht. Die Ententestaaten haben daher jetzt im Gegensatz zu früher ein sehr erhebliches Interesse daran, daß die Sachlieferungen in voller Höhe auch geleistet werden.

Ueber den Inhalt des neuen Abkommens entnehmen wir den V. N. folgende Einzelheiten:

In Zukunft wird der französische oder sonstige Geschädigte direkt bei dem deutschen Lieferanten bestellen, und nur die Zahlung wird durch die Regierungen ausgeführt und dabei der Vertrag kontrolliert werden. Bei diesem neuen System wird der deutsche Lieferant in der Regel Weltmarktpreise erzielen können; es besteht also eine starke Möglichkeit der Reparationsgewinne. Bei dem bisherigen System hat das Reich den Auftrag gelegentlich billiger vergeben können, als zu dem Preise, den die Reparationskommission vorschrieb. Das fällt jetzt fort. Auf der anderen Seite standen die Preise, welche die Reparationskommission vorschrieb, gelegentlich auch unter den Inlandpreisen, besonders bei Holz und Blech. An den Blech-Reparationslieferungen allein hat das Reich 100 Millionen Goldmark verloren, d. h. es sind ihm im letzten Jahre 100 Millionen Goldmark weniger zugutgebracht worden, als es für das Blech in Deutschland hätte zahlen müssen. In Zukunft werden voraussichtlich die Bestellungen allgemein zu Weltmarktpreisen erfolgen, und die deutsche Regierung wird dann die Lieferanten in entsprechender Höhe in Papiermark bezahlen.

Um die Einmischung von Schieberfirmen möglichst zu verhindern, ist bestimmt worden, daß von deutscher Seite nur anerkannte Handelsfirmen oder die Hersteller selbst als Lieferanten zugelassen werden und daß auf der Gegenseite als Besteller nur austretende Firmen die Geschädigten selbst. Vereinigungen von Geschädigten und Behörden für ihren eigenen Bedarf.

Ueber die organisatorische und wirtschaftliche Folgewardung des neuen Abkommens läßt sich folgendes sagen: die geplante große Organisation der Lieferungsverbände und des Leistungsverbandes, der auf Grund des Friedensvertrags

leistungsgesetzes verpflichtet sein sollte, die Reparationsaufträge auszuführen, wird nunmehr nicht zur Durchführung gelangen. Der große Apparat des Wiederaufbauministeriums, des Reichskommissariats und der Landesauftragsstellen kann im großen Umfang abgebaut werden. Von der freien Lieferung sind nur wenige Waren ausgenommen, so Nahrungsmittel, Holz, Zement und einige Chemikalien für die Ausfuhrkontingente bestehen. Zur Erledigung von Aufträgen auf diesem Gebiet werden Landesauftragsstellen und Reichskommissariat in sehr bescheidenem Umfang bestehen bleiben.

Die Aufträge der Siegerstaaten werden aller Voraussicht nach hauptsächlich solche Gegenstände betreffen, die keine Konkurrenz für die eigene Industrie darstellen oder durch deren Ausfuhr bisher Deutschland der Industrie der Siegerstaaten eine bedeutende Konkurrenz gemacht hat. Dieser letzte Gesichtspunkt traf namentlich auf die Groß-Eisenindustrie zu. Hier ist vereinbart worden, daß die Lieferungen an Eisen und Stahl zu 35 Prozent bar vergütet werden. Diese Vereinbarung ist noch nicht endgültig, da die Prozentzahl von den Sachverständigen noch nachgeprüft werden soll. Im übrigen erwartet man, daß die Aufträge sich besonders auf die Einrichtung großer Elektrizitätswerke, Eisenbahnmateriale, Elektrifizierung der Eisenbahn, Ausbau von Kanälen, Ausbau von Telefonanlagen und dergleichen erstrecken werden. Es muß dabei immer berücksichtigt werden, daß die Entente Staaten ein bedeutendes eigenes Interesse daran haben werden, ihre Quote an Sachlieferungen voll zu erreichen, und daß Deutschland zum Beweise seines Erfüllungswillens das gleiche Ziel erstrebt. Deshalb ist zwar eine Mindestgrenze für die Größe der Aufträge festgesetzt — es sollen keine Aufträge unter 1500 Goldmark oder rund 4000 Franken vergeben werden, um die Abrechnung nicht mit so vielen kleinen Summen zu belasten und durch die Ueberfülle kleiner Aufträge die Kontrolle zu erschweren — aber eine Höchstgrenze für die Aufträge besteht nicht; alle, auch die größten Reparationsaufträge können im freien Verkehr vergeben werden.

Der hier skizzierte Inhalt des Abkommens läßt erkennen, daß von einer Kontrolle, sei es durch die Regierung, oder durch die Gewerkschaften, keine Rede mehr ist. Sieg der kapitalistischen Freizügigkeit auf der ganzen Linie. Dabei hat die deutsche Bevölkerung noch das Vergnügen, unlautere Manipulationen der einen oder der anderen Seite aus seiner Tasche bezahlen zu müssen. Wir müssen gestehen, daß wir uns so die Wiederaufbaupolitik nicht gedacht haben. Die deutschen Arbeiter, die die Träger der Erfüllung- und Wiederaufbaupolitik sind, haben ein Recht, bei der Ausführung dieser Politik durch ihre berufenen Organe vertreten zu sein. Nicht zurecht auch aus allgemeinen sozialen Gründen. Durch den freien Verkehr wird jedweder Einfluß auf die Vergütung der Arbeiter fallen und es wird unmöglich sein, z. B. die durch besonders starke Erwerbslosigkeit betroffenen Bezirke mit Aufträgen zu versehen. Auch die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen werden unter diesen Umständen kaum verwirklicht werden.

Die Gewerkschaften haben bei der Regierung vor dem Zustandekommen des neuen Abkommens die ernste Forderung gegen diese Art der Regelung eingelegt und gefordert, daß für alle solche Sachleistungen, die ihrer Natur nach durch die gebundene kontrollierte Wirtschaft aufgebracht werden können, so wie es ursprünglich geplant war, der Lieferungsverband zuständig sein sollte. Es ist indes anders entschieden. Von Interesse wäre immerhin, zu wissen, ob man den Absichten der Entente auf der Seite der deutschen Regierung nicht allzu bereitwillig entgegengekommen ist und insoweit großindustrielle Kräfte hier mitgespielt haben. Denn es ist nicht einzusehen, warum man den bis jetzt schwerfälligen Apparat nicht beweglicher hätte machen können, ohne das Kontrollrecht einzuschränken. Auf jeden Fall werden auch jetzt noch gerade jetzt die Gewerkschaften und die politischen Parteien der Arbeiterschaft ein wachsameres Auge haben müssen, damit der Segen der freien Wirtschaft im Wiederaufbau dem deutschen Volk nicht so bekommt, daß ihm die Augen übergehen.

einer Sitzung zusammengesetzt. Sie hat beschlossen, ein Manifest zu veröffentlichen und in Madrid und in der Provinz mehrere Vorträge zu veranstalten. Auch hat sie sich mit ihren Schwestervereinigungen im Ausland in Verbindung gesetzt, um sie aufzufordern, sich mit der von ihr eingeleiteten Aktion solidarisch zu erklären.

Für die politischen Gefangenen in Rußland!

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale versendet, unter Hinweis auf eine Denkschrift über die Verhältnisse in den russischen Gefängnissen, einen Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen in Sowjetrußland, in dem es u. a. heißt:

„Als sich die Sowjetregierung unter dem Druck der Hungersnot, und um sich selbst in der Nacht zu halten, bereit gefunden hatte, den kapitalistischen Staaten der Tat wie dem Prinzip nach Konzessionen zu machen, Konzessionen, die die vollkommene Regierung ihres Programms darstellten, mußte sie sich zuerst mit einer Bedingung einverstanden erklären: der Befreiung aller Ausländer, seien sie Engländer, Franzosen oder Amerikaner, die sie aus politischen Gründen gefangen hielt.“

Jetzt ist die Stunde gekommen, daselbe für die Staatsgefangenen russischer Nationalität zu verlangen, deren einziges Verbrechen es ist, ihren Idealen und Grundfähen treugeblieben zu sein. So ernsthaft entschieden und schlüssig alle Anlagen in der Denkschrift über Sowjetgefangnisse auch vorgebracht werden, so können wir doch sie nur dann für begründet ansehen, wenn die Sowjetregierung weiter schweigt oder sich weigert, die verlangten Aufklärungen zu geben.

Aber Recht und Pflicht der Internationale ist es, diese Aufklärungen zu fordern.

„Ist es zutreffend, daß in russischen Gefängnissen Tausende, vor allem Sozialisten, sitzen, denen nichts zum Vorwurf gemacht wird, als daß sie Gegner der Sowjetregierung sind? Ist es zutreffend, daß diese Staatsgefangenen bei schlechter Ernährung und ohne angemessenen Gehalt eine Behandlung erfahren lassen müssen, die ihre Gesundheit zerstört und ihr Leben bedroht?“

„Ist es zutreffend, daß als einziges Verteidigungsmittel gegen diese unarmherzige Behandlung und die Willkür die den meisten kein anderes Hilfsmittel bleibt, als der Hungerstreik, wie in Zeiten des Jaren?“

Bombenattentat in Madrid. Am Sonntag wurde in Madrid von Sozialisten ein Bombenanschlag verübt, bei dem eine Person ums Leben kam. Die Täter wurden verhaftet.

Der Arbeitsmarkt Ende Januar

Der Januar hat eine sühbare Verschlechterung in der Lage des Arbeitsmarktes gebracht. Die Zahl der unterfühten Erwerbslosen überhaupt — bekanntlich nicht gleich der höheren Zahl der Erwerbslosen — ist von 165 000 auf 196 000 gestiegen. Die Zunahme entfällt, wie schon im vorangegangenen Monat, ausschließlich auf die männlichen Arbeitnehmer, deren Zahl von 132 000 auf 164 000 stieg, während bei den weiblichen noch eine kleine Abnahme zu verzeichnen ist. Eine recht erhebliche Zunahme zeigt sich auch bei den Zuschlagempfindern, d. h. den unterfühtungsberechtigten Familienangehörigen der Arbeitererwerbslosen, und zwar von 211 000 auf 270 000. Die ungünstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes im Januar ist in erster Linie auf den scharfen Frost zurückzuführen, der fast im gesamten Reichsgebiet neben den landwirtschaftlichen Arbeiten auch die Bauarbeiten, die Binnenschifffahrt und zum Teil auch die Küstenschifffahrt stilllegte. Ferner wirkte die unruhige Entwicklung der Valua hörend, besonders im Auslandsgeschäft. Nachteilig machte sich auch der Kohlenmangel — meist im Zusammenhang mit der Verbesetzung — bemerkbar. Die Wirklungen, die zu Anfang Februar der Eisenbahnstreik für die Lage des Arbeitsmarktes hervorgerufen hat, sind in den vorstehenden Zahlen natürlich noch nicht berücksichtigt.

Wie man höherer Beamter wird

Wir haben vor einigen Tagen die Enthüllungen des Genossen Lipinski im sächsischen Landtag über die Altknauwirtschaft bei der Besetzung von Posten in der Justiz und in der Verwaltung gebracht. Jetzt wird neues Material aus dem Altstudium Lipinski bekanntgegeben. Es heißt so:

„An der Leipziger Universität hat sich von alters her eine Vereinigung entwickelt, der vor allem viele unserer abligen Beamten angehören. Sie hat ihren Namen von der Gastwirtschaft Baarmann. Dieser Vereinigung der Baarmannkneipe gehört als Alter Herr auch der ehemalige König Friedrich August an, weshalb den Angehörigen der landesfürstlichen Adelsfamilien die Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung feudaler dünkte als die Zugehörigkeit zu den Korps, die Lipinski nannte. Die Wihlum, Meisch, Kirchbach, Schöneberg, Carlowik, Wiedermann, Fint, Welek usw. waren Mitglieder. Ab und zu fand auch ein bürgerlicher Aufnahme, wie z. B. der jetzige Bornaer Amtshauptmann Boreuher-Röhe. Die Zugehörigkeit zu den Baarmännern gewährte die Aufnahme bei der inneren Verwaltung und schaffte Beziehungen über die höhere Bürokratie hinaus bis in die Hofkreise. Daß sich die Baarmänner auf der Unioersität und während des Vorbereitungsdienstes durch besonderen Fleiß und Kenntnisse hervorgetan hätten, hat niemand beobachtet. Sie hatten es ja nicht nötig. Ihre Laufbahn war gesichert. Anders als Geheimrat braucht keiner zu sterben. Es war höchstens die Frage, wie jung er Geheimrat wurde. In anderen Staatsdienstzweigen herrschten andere Bierfamilien. So war das Finanzministerium eine angenehme Unterkunftsstelle für die Leipziger Verbindung Grimmenja. Die Alten Herren des akademischen Gesangsvereins Arion beherrschten dagegen die hohen Ämter der Justizverwaltung.“

So wie in Sachen aber war und ist es leider noch heute im ganzen Deutschen Reich.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht

Die vom Preussischen Kultusministerium im Jahre 1914 begründete Jubiläumstiftung für Erziehung und Unterricht hat, dem amtlichen preussischen Preßedienst zufolge, eine neue Satzung erhalten, die neben Preußen auch den übrigen Ländern und dem Reich die Möglichkeit gibt, sich an der Verwaltung des von der Stiftung geschaffenen und unterhaltenen Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht zu beteiligen. Nachdem das Reich und die Mehrzahl der Länder ihren Beitritt erklärt haben, sind zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Vorstandes der Stiftung der Staatssekretär im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Becker, zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Heinrich Schulz und zum Geschäftsführer der Geh. Oberregierungsrat Dr. Ballat gewählt worden. Der letzte ist zugleich mit der weiteren Leitung des Zentralinstituts betraut worden.

Bedenkliche Fragen

Nach einer Mitteilung der „Roten Fahne“ hat die Giro-Zentrale der Stadt Berlin einen Fragebogen folgenden Wortlauts verschickt:

„Die Girokasse wird gebeten, die bei ihr geführten Konten der Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Verbände aufzuführen.“

Berlin, den 18. Februar 1922

Girozentrale der Stadt Berlin.
(2 Unterschriften).

Vfd. Nr. Bezeichnung d. Kontos. Nr. d. Kontos. Augenblickl. Bestand. Bemerkungen.“

Wenn nicht bereits durch die Beschlagnahme der Streifgelder der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner ein bis dahin nicht für möglich gehaltener Angriff auf die Gewerkschaften verübt worden wäre, könnte man sich den Sinn dieses Schreibens überhaupt nicht vorstellen. Um so dringender aber verlangt die Öffentlichkeit Aufklärung darüber, ob und zu welchem Zweck die Girozentrale der Stadt Berlin einen so ansehnlichen Fragebogen verschickt hat. Wir erwarten, daß diese Antwort sofort erfolgt, andernfalls die Stadtverordnetenversammlung wohl nicht umhin könnte, zu der damit aufgeworfenen Frage nachdrücklich Stellung zu nehmen.

Zusammenschluß in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Chicago, sind die Pläne zur Bildung eines großen Gewerkschaftsbundes mit mehr als zwei Millionen Arbeitern getrieben auf der Konferenz der Führer der Nationalen Gewerkschaftsgewerkschaft und der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas, sowie der ihnen angeschlossenen Gewerkschaften einflußreich geblieben worden. Die Bewirklichung der Pläne würde 17 Gewerkschaften unter Führung der Kohlenbergarbeiter und der Eisenbahner zusammenfassen.

Aus der Partei

Ortsgruppe Marienburg der SPD. zur USP. übergetreten. Aus Marienburg, Westpreußen, geht uns die Mitteilung zu, daß die dortige Ortsgruppe der S. P. D. geschloffen zu U. S. P. D. übergetreten ist. Das rechtssozialistische Exekutariat in Marienburg ist aufgelöst worden.

Die Schreckensherrschaft in Spanien

Aus Madrid wird uns unter dem 21. Februar geschrieben:

Die Allgemeine Arbeitervereinigung hatte beschlossen, im ganzen Lande eine Protestaktion zu organisieren, um die seit drei Jahren von der spanischen Regierung außer acht gelassenen konstitutionellen Garantien wieder herzustellen. Bis jetzt ist die Regierung allen an sie ergangenen Aufforderungen gegenüber taub geblieben und hat nichts unternommen, um die den spanischen Bürgern durch die Verfassung zuerkannten Rechte zu sichern. Mehr noch: sie hat sich von der Tragweite ihrer Handlungen nicht einmal Rechenschaft gegeben und im Parlament die Tatsache der Ermordung von Arbeitern auf offener Straße durch die Organe der öffentlichen Gewalt abgeleugnet.

Leztlich berichteten die Zeitungen, daß sich in den Gefängnissen von Barcelona 600 politische Gefangene befinden, die auf Anordnung des Polizeipräsidenten verhaftet worden seien, und deren einziges Verbrechen darin bestehe, sich zu fortschrittlichen Anschauungen zu bekennen. Der Polizeipräsident bezieht sich, diese Nachricht zu dementieren und glaubte, mit der Erklärung, daß er „nur“ 400 Personen im Gefängnis halte, einen Beweis für seine Gerechtigkeit, ja sogar für sein Wohlwollen, zu führen. Schwelgend fügte sich die Regierung diesem Willkürakt, und erfreut haben die offiziellen Zeitungen die Erklärungen des Polizeipräsidenten wieder, die sich gegen die „starken Ueberreibungen“ der revolutionären Presse wendet.

Die durch die Kommunisten gesplante Arbeiterschaft hatte der vernichtenden Offenbar der herrschenden Klasse gegen das Proletariat bis jetzt keinen Widerstand entgegenstellen können. Jetzt ist die gewerkschaftliche Reorganisation in Angriff genommen, und die Arbeiterbewegung befindet sich im Aufstieg. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat auf das Ersuchen der Allgemeinen Arbeitervereinigung ihre Mithilfe zugesagt.

Am 19. Februar haben in allen Haupt- und Provinzstädten öffentliche Versammlungen stattgefunden, in denen die Beendigung des Ausnahmezustandes und die Wiederherstellung der den spanischen Bürgern gewährten Garantien gefordert wurde. Ueberall war das spanische Volk mit Begeisterung der Einladung gefolgt, in Massen begab sich die organisierte Arbeiterschaft zu den Versammlungsorten.

In Madrid, im Theater des Volkshauses, war ein solcher Anbruch, daß viele Tausende keinen Einlaß finden konnten. Wie Redner ernteten fürnehmlich Beifall, besonders bei der Kritik der politischen Tätigkeit des Königs.

Die Aktion gegen das Ausnahmezustand wird fortgesetzt werden. Die spanische Liga für Menschenrechte ist gestern zu

Theater u. Vergnügungen

Bolksbühne
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär
Neues Volksbühnen
Spielplan: Der 68.
1/2 Uhr: Die Ozeanisten
Derbrodne Steg

Apollotheater
Friedrichstraße 216
Letzter Monat
Dr. Variete - Ausstattungsplan
Rund um die Welt
Schauspiel
(Ehler)

Staatstheater
Opernhaus
1/2 Uhr: Ein Maskenball
2 Uhr: Die Ozeanisten
3 1/2 Uhr: Peer Gynt

Theater d. Rotteuseur
Tel. 1 9191, 16077
1/2 Uhr: 7 1/2, 11. u. 12. u.
2 Uhr: nach 3 Uhr
Eintrags-Sänger
Armenen-Konz.
Wohlf. 11-12, u. 40f

Kammerpiele
8 Uhr:
1. Erziehung durch Kollibri
Großes Schauspielhaus
Raststätte
1/2 Uhr: Orpheus d. Unterwelt

CIRCUS BUSCH
Tel. 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2, 10 1/2, 11 1/2
Noch wenige Tage
Überausführung
Robinson Crusoe
Joh. Jahn, Tobolsk
Zentrale: Wollf. 11-12, u. 40f
u. Circuskasse

Theater L. d. Königsgräber
Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Die wunderlichen Geschichten
des Kapellmeisters
Kreiser
Phantastisches Melodram
(42 Bilder)
von Carl Weinhard, Musik
von E. v. Reznicek

Musiker
für alle Gelegenheiten
hält die Dienstvermittlung
des Deutschen Musik-
Verbandes, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Nord. 988.

Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr:
Karusell
mit
Maria Orska
Joh. Wiemann
Ralph Art. Roberts

Neue Welt
A. Scholz, Nasenheide 108-14
Heute, Dienstag, 28. Februar
Bockbier-Fest
Prämierung
d. festschen Frühjahrsbutes
(handgenütter Bordenhut)

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Finer von unjere Reuf
Jarl Owing, Oscar Gado,
Leonhard Haskel

Übergangshüte
direkt in Ecksteins Hutfabrik
Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestr.
Nur 1. Etage
Bitte bringen Sie recht bald Ihre
Damenhüte zum Umprägen
Herrenhut-Reparaturen jeder Art

Theater am Rollendorferplatz
7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreise

Residenz-Theater
Das Fras ohne Bedienung
7 1/2, Casino-Theater 7 1/2
Die neue Berliner Stoff
Familie Gänselein
Str. 37, Die letzte Stunde

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr:
No Gräfe von Kompinski

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Komische Oper
7 1/2, abends 7 1/2
Die große Hauptstadt
Operetten-Revue
Der Herr der Welt

OTTER-BÜHNEN
Täglich 8 Uhr:
Trianon-Theater
Eiga
Täglich 7 1/2 Uhr:
Kleines Theater
Haben Sie nichts
zu verkaufen?

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Wald-Theater
8 Uhr:
Die Mondscheindame

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

25 Mk.
wöchentliche
Teilzahlung
**Herren-
Anzüge
und Ulster**
zu billigen Preisen
bei mäßiger
Anzahlung
Gebr. Kassner
Böllowstraße 6
am Rollendorferpl.

Schuh-Putz
Servus
Terpentinware
No 272

Jede 100. Dose mit
wertvollem Geschenk
Überall zu haben
Chem. Werke Lubzypski & Co. A.-G., Bin-Lichtenberg

Jeder Warentunde

Sweater Wolle	27 ⁰⁰	Herren-Socken gute Qualität M. 10,00	4 ⁰⁰
Leberziehhäddchen für Damen, reine Wolle	80 ⁰⁰	Strümpfe für Damen und Kinder	5 ⁷⁵
Damen-Hemden mit langen Ärmeln, feines Gewebe	20 ⁰⁰	Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, vorzügliche Qual. l. M. 27,00	24 ⁰⁰
Herren-Hemden wollgemischt, vorzügliche Qualität	60 ⁰⁰	Damen-Schlupfhöschen in modernen Farben	45 ⁰⁰
Herren-Hemden grau, Trikot, sehr haltbar	37 ⁵⁰	Damen-Reformhosen blau, schwere Ware, Gr. 60, M.	77 ⁰⁰
Herren-Unterhosen feines Trikotgewebe	12 ⁰⁰	Unterwesten mit Kapok watterig, mit und ohne Aermel . M. 50,00, 45,00	35 ⁰⁰
Herren-Unterhosen normal in allen Größen	34 ⁰⁰	Herren-Hosen in guten Qualitäten von M.	85 ⁰⁰
Herren-Unterhosen Pa. Körper-Nessel M.	45 ⁰⁰	Feldgraue Militärhosen	148 ⁰⁰
Serviteurs weiß	8 ⁵⁰	Militär-Drellhosen reinwollene, in ganz vorzüglicher Qualität	75 ⁰⁰
Schleifen schöne Muster	1 ³⁰	Herren-Ulster haltb. gute Qualität von M	175 ⁰⁰
Schals für Herren und Damen, reine Wolle, K-Seide	42 ⁰⁰	Winter-Anzüge aus Manchester od. engl. Leder, mit schwerer Futter Schutz gegen streng Frost	390 ⁰⁰
Herren-Handschuhe Wolle gestrickt . M.	8 ⁷⁵	Winter-Anzüge modern verarbeitet, haltbare Qualität	450 ⁰⁰
Damen-Handschuhe Trikot, schwere Qualität	17 ⁵⁰	Herren-Litewken aus Bockskin von M.	110 ⁰⁰
Herren-Stepp- u. Filzhüte in modernen Farben und Formen	42 ⁰⁰	Drellanzüge schwere Ware, gut verarbeitet . M. 150,00, 140,00	130 ⁰⁰
Stutzen Wolle	17 ⁰⁰	Monteur-Anzüge b. aus, außerg. wähllich billig . M. 121,00, 90,00	60 ⁰⁰
Hosenträger Gummiband m. Lederteilen M.	17 ⁵⁰		

Tuche 140 cm breit, vorzügliche Qualität, blau und schwarz, für Anzüge und Damenkostüme geeignet Mtr. M. 150,00, 120,00 **105⁰⁰**

Pelzjoppen und Fahrpelze mit Kanin gefüttert M. 800,00, 600,00, **300⁰⁰**

Engl. Offiziersmäntel in braunellierter Farbe, aus dicken, wetterfestem und wasserdichten Wolstoff, mit wollenem Leibfutter . M. **575⁰⁰**

Herren-Litewken hoch- und rüstel, in braun, blauen und schwarzen Farben M. **49⁰⁰**

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 Mk.
Schwarz-Krausen 22 Mk.
Vortorika . . . 23 Mk.
Gold-Engl . . . 27 Mk.
Rund Hr. Hamburger
Straße 1, 1

Zur Jugendweihe
Einladungskarten
Glückwunschkarten
Geschenkwerte
für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2
Breite Straße 8/9
Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit“ erhältlich

Umpressen
Herrenhut-Reparaturen jeder Art

Stopferinnen
für unsere Tuchfabrik in Ludenwalde gegen hohe Entlohnung gesucht. Meldung an Fannenberg, Pariser & Co., G.m.b.H., Berlin, Dönhofsstr. 19-21.

U-S-P-Rheinpfalz
Parteisekretär
gesucht! bis zum 1. April ds. Js.
Bewerber muß ein Jahre Mitglied der Partei sein, gutes Organisationsverständnis besitzen, sowie redaktionell gearbeitet sein. Da Wohnungsort, werden ledige Bewerber bevorzugt.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis längstens 15. März 1922 mit der Aufschrift „Parteisekretär“ zu senden an U-S-P-Rheinpfalz, Postfach 117, Postamt 10 am Rhein, Schillerstraße 17.
Die Kreisleitung der U. S. P. Rheinpfalz

Altmetalle
unveränderliche Werte zahlt Badstr. 34, Hof

Münzen
Sammlungen
L. Wolf, Berlin
Wilhelmstr. 46/47

Stopferinnen
für unsere Tuchfabrik in Ludenwalde gegen hohe Entlohnung gesucht. Meldung an Fannenberg, Pariser & Co., G.m.b.H., Berlin, Dönhofsstr. 19-21.

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Prinzenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Innungsschmiedel
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
in der Schulaula, Kopenplatz 12.

Volksversammlung
aller Kollegen d. Innungsbetriebe
Tagesordnung:
1. Bericht des Geschäftsverwalters.
2. Verhandlungsgegenstände. 3. Verschiedenes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —
Donnerstag, den 2. März, abends 5 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 21-23.

Berufsausschreibung
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
im Rollendorfer Hof, Rollendorfer Straße 11-12.

Henko
Henkel's Wasch-
Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

U-S-P-Rheinpfalz
Parteisekretär
gesucht! bis zum 1. April ds. Js.
Bewerber muß ein Jahre Mitglied der Partei sein, gutes Organisationsverständnis besitzen, sowie redaktionell gearbeitet sein. Da Wohnungsort, werden ledige Bewerber bevorzugt.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis längstens 15. März 1922 mit der Aufschrift „Parteisekretär“ zu senden an U-S-P-Rheinpfalz, Postfach 117, Postamt 10 am Rhein, Schillerstraße 17.
Die Kreisleitung der U. S. P. Rheinpfalz

Altmetalle
unveränderliche Werte zahlt Badstr. 34, Hof

Münzen
Sammlungen
L. Wolf, Berlin
Wilhelmstr. 46/47

Stopferinnen
für unsere Tuchfabrik in Ludenwalde gegen hohe Entlohnung gesucht. Meldung an Fannenberg, Pariser & Co., G.m.b.H., Berlin, Dönhofsstr. 19-21.

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Prinzenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Innungsschmiedel
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
in der Schulaula, Kopenplatz 12.

Volksversammlung
aller Kollegen d. Innungsbetriebe
Tagesordnung:
1. Bericht des Geschäftsverwalters.
2. Verhandlungsgegenstände. 3. Verschiedenes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —
Donnerstag, den 2. März, abends 5 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 21-23.

Berufsausschreibung
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
im Rollendorfer Hof, Rollendorfer Straße 11-12.

U-S-P-Rheinpfalz
Parteisekretär
gesucht! bis zum 1. April ds. Js.
Bewerber muß ein Jahre Mitglied der Partei sein, gutes Organisationsverständnis besitzen, sowie redaktionell gearbeitet sein. Da Wohnungsort, werden ledige Bewerber bevorzugt.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis längstens 15. März 1922 mit der Aufschrift „Parteisekretär“ zu senden an U-S-P-Rheinpfalz, Postfach 117, Postamt 10 am Rhein, Schillerstraße 17.
Die Kreisleitung der U. S. P. Rheinpfalz

Stopferinnen
für unsere Tuchfabrik in Ludenwalde gegen hohe Entlohnung gesucht. Meldung an Fannenberg, Pariser & Co., G.m.b.H., Berlin, Dönhofsstr. 19-21.

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Prinzenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Innungsschmiedel
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
in der Schulaula, Kopenplatz 12.

Volksversammlung
aller Kollegen d. Innungsbetriebe
Tagesordnung:
1. Bericht des Geschäftsverwalters.
2. Verhandlungsgegenstände. 3. Verschiedenes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —
Donnerstag, den 2. März, abends 5 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 21-23.

Berufsausschreibung
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
im Rollendorfer Hof, Rollendorfer Straße 11-12.

U-S-P-Rheinpfalz
Parteisekretär
gesucht! bis zum 1. April ds. Js.
Bewerber muß ein Jahre Mitglied der Partei sein, gutes Organisationsverständnis besitzen, sowie redaktionell gearbeitet sein. Da Wohnungsort, werden ledige Bewerber bevorzugt.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis längstens 15. März 1922 mit der Aufschrift „Parteisekretär“ zu senden an U-S-P-Rheinpfalz, Postfach 117, Postamt 10 am Rhein, Schillerstraße 17.
Die Kreisleitung der U. S. P. Rheinpfalz

Stopferinnen
für unsere Tuchfabrik in Ludenwalde gegen hohe Entlohnung gesucht. Meldung an Fannenberg, Pariser & Co., G.m.b.H., Berlin, Dönhofsstr. 19-21.

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement **M. 4.20**
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Prinzenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Innungsschmiedel
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
in der Schulaula, Kopenplatz 12.

Volksversammlung
aller Kollegen d. Innungsbetriebe
Tagesordnung:
1. Bericht des Geschäftsverwalters.
2. Verhandlungsgegenstände. 3. Verschiedenes.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —
Donnerstag, den 2. März, abends 5 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 21-23.

Berufsausschreibung
Donnerstag, den 2. März, abends 7 Uhr
im Rollendorfer Hof, Rollendorfer Straße 11-12.

U-S-P-Rheinpfalz
Parteisekretär
gesucht! bis zum 1. April ds. Js.
Bewerber muß ein Jahre Mitglied der Partei sein, gutes Organisationsverständnis besitzen, sowie redaktionell gearbeitet sein. Da Wohnungsort, werden ledige Bewerber bevorzugt.
Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis längstens 15. März 1922 mit der Aufschrift „Parteisekretär“ zu senden an U-S-P-Rheinpfalz, Postfach 117, Postamt 10 am Rhein, Schillerstraße 17.
Die Kreisleitung der U. S. P. Rheinpfalz

Stopferinnen
für unsere Tuchfabrik in Ludenwalde gegen hohe Entlohnung gesucht. Meldung an Fannenberg, Pariser & Co., G.m.b.H., Berlin, Dönhofsstr. 19-21.

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Gewinne“
zum Preise von 2 Mk. 25. — monatl., 24 Mk. 12.50 halbjährlich,
bei freier Zustellung ins Haus

Außerdem bestellbar bei den Postämtern in allen Provinzen Deutschlands.
Der Unterzeichnete bestell hiermit vom
Kaufmann
Name:
Str.:
Postamt:
Diesen Briefbogen bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

Die Leistungen der Berliner Feuerwehr

Von Paul Neumann,

Vorsitzender des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner

In der Zeit vom 1. Januar bis 10. Februar, also innerhalb von 40 Tagen, ist die Berliner Feuerwehr ganz außerordentlich beansprucht worden. Folgende Angaben, die sich nur auf Alt-Berlin beziehen, mögen dies zeigen. Für Groß-Berlin kommen natürlich größere Zahlen in Frage.

Innerhalb dieser Zeit mußten 10 Groß-Feuer bekämpft werden. Darunter Sarotti und mehrere andere große Schadenfeuer. 58 Mittel-Feuer, die mit 1 - 2 Röhren angegriffen werden mußten, wurden gelöscht. Fabrik- und Dachstuhlbrände waren dabei in der Mehrzahl. In Kleinfeuer wurden 269 mal alarmiert. (Diese Feuer werden mit einer tragbaren Handpumpe und anderen primitiven Hilfsmitteln gelöscht.) Zu Gasvergiftungen mußte 119 mal ausgerückt werden. In 78 Fällen gelang es, die Verunglückten ins Leben zurückzurufen. 36 mal wurde zu besonderen Hilfeleistungen ausgerückt. Darunter fallen Befreiung von Menschen und Tieren aus Notlage, Beseitigung von Verkehrshindernissen und alle möglichen Ursachen, die der Feuerwehr die bekannte Bezeichnung „Mädchen für Alles“ eingebracht haben. Krankentransporte wurden 13 mal ausgeführt. In Alt-Berlin ist der Krankentransport im allgemeinen nicht Aufgabe der Feuerwehr. Es sind das Fälle, wo Verunglückte auf Brand- oder Unfall-Stellen vorgefunden werden. 25 mal mußte Pferden auf die Beine geholfen werden. Zu Wasserrohrbrüchen wurde die Wehr 124 mal gerufen. Blinder Lärm (eifens verdächtig Rauch) war 47 mal die Ursache des Ausrückens. Unzutreffliche Feuermeldungen erfolgten 13 mal und 20 mal wurde Unfug am Melder ausgeübt. Im ganzen wurde die Feuerwehr innerhalb von 40 Tagen 802 mal gerufen. Auch in den letzten Tagen mußten große Brände gelöscht werden (Döbbehof).

Diese knappen Angaben zeigen wohl zur Genüge, welche gewaltige Maß von Arbeit notwendig war, die geforderte Hilfe zu geben. Die in diese Zeit fallende Kälteperiode, die die indirekte Ursache für viele Brände und die direkte der vielen Rohrbrüche war, bedeutet eine große Erschwerung der Tätigkeit. Unter dem Einfluß der Kälte lassen sich komplizierte technische Einrichtungen schwer bedienen. Das Einfrieren der Schläuche ist eine ständige Gefahr. Der aus den Wingersteinen liegende Schnee erschwert das Auffinden und Definieren der Hydranten ungemein. Allen Bemühungen der Feuerwehr zum Trotz werden immer noch die Hydranten auf den Bürgersteigen mit Schneehaufen bedeckt. Zu den gewöhnlichen Gefahren auf der Brandstelle treten bei solcher Kälte noch die Erstarrungsgefahren hinzu. Der außerordentlich starke Temperaturwechsel zwischen der Temperatur in den Wochräumen und auf der Brandstelle einerseits und der Frost von und zur Brandstelle andererseits, birgt außerordentliche Gefahren. Ganz besonders schwierig war das Arbeiten während des Streiks der Gemeindegewerkschaft. In den Straßen und Häusern vollständige Finsternis, die Hydranten vereist, dazu einige Tage auch noch Wassermangel, der schlimmste Mangel für die Feuerwehr. Und gerade in diese Zeit fielen einige recht gefährliche Brände, darunter ein Kaufhausbrand. Um die elektrisch betriebenen Fahrzeuge ausfahren zu können, mußten die mit Ladegeräten versehenen Fahrzeuge (Benzin-elektromobile Motorpumpen) Tag und Nacht arbeiten.

Darf den umfassenden Maßnahmen der Branddirektion, nicht zuletzt aber der aufopfernden Pflichttreue der Beamten, werden alle Schwierigkeiten überwunden. Abgesehen von kurzen Verzögerungen, die durch die geschädigten Umstände unvermeidbar waren, sind alle Hilfeleistungen mit gewohnter Sicherheit und Schnelligkeit ausgeführt worden. Es hat sich gerade in diesen Tagen gezeigt, welchen Wert eine gute Feuerwehr für die Großstadt hat. Die Beamten der Berufsfeuerwehr erwarten für ihre besonderen Leistungen keine besondere Anerkennung oder Belohnung. Sie glauben aber Anspruch auf entsprechende Bewertung ihres Dienstes erheben zu können. Die Stadtverordneten Berlins werden in den nächsten Tagen die Besoldungsordnung verabschieden. Hoffentlich nehmen sie dabei Gelegenheit, den Bemühen der Feuerwehr entsprechend zu werden.

Die vielverbreitete Auffassung, die Feuerwehr habe im allgemeinen wenig zu tun, ist ein großer Irrtum. Perioden, wie die geschiedenen, machen noch Wochen und Monate nachher viel Arbeit. Auch in ruhigeren Zeiten besteht ein regelrechter Dienst- und Arbeitsbetrieb, der einen Mühsalstag nicht auskommen läßt. Einige Mängel sind noch erwähnt. Die Schläuche, fast das wichtigste Material, sind in einem schlechten Zustand. Trotz der hohen Preise müssen die verbrauchten gummierten Schläuche wieder eingeführt werden, wenn an den Brandstellen größerer Schaden verhindert werden soll. Daß die Feuerwehr zu 124 Wasserrohrbrüchen ausrücken mußte, kann als großer Unfug bezeichnet werden. In den meisten Fällen bestand die Tätigkeit der Feuerwehr lediglich darin, den Hauptwasserhahn des

Hauses abzusperrten. Das konnte von den Hausbewohnern ebenso gut gemacht werden. Dazu 4 Fahrzeuge in Bewegung zu setzen, ist eine Verschwendung von städtischen Mitteln, die wohl in keiner anderen Stadt vorkommt. Die Verübung von Unfug an den öffentlichen Weidern ist besonders bedauerlich. Nur bei eifrigster Hilfe des Publikums bei der Feststellung der Täter ist Besserung zu erwarten.

Zum Schluß sei die Kostenfrage für das Feuerlöschwesen erwähnt. Bei den ungeheuren gestiegenen Ausgaben für das Feuerlöschwesen muß ein Weg gefunden werden, der die Stadtgemeinde entlastet. Während die künstliche Feuerlöschtätigkeit zur Erzeugung der Kosten in erheblicher Weise herangezogen wird, leisten die privaten Feuerversicherungen für den Feuerchutz der Stadt Berlin so gut wie nichts, trotzdem sie von der Tätigkeit der Feuerwehr den größten Vorteil haben. Eine Besteuerung derselben durch die Stadt erscheint nicht möglich. Dagegen könnte die Einführung einer Feuerlöschabgabe, wie sie im Freistaat Mecklenburg-Schwerin und von der Stadt Jena bereits eingeführt wurde, eine erhebliche Entlastung der Stadt herbeiführen. Diese Abgabe wäre nach dem Wert der vorhandenen Rohstoffe, Maschinen, Gütern und Waren aller Art in Wohnungen, Fabriken, Speichern, Läden usw. zu berechnen. Da der Feuerchutz in nächster Zeit in Groß-Berlin trotz aller Sparmaßnahmen große Ausgaben verursachen wird, wird es notwendig, der Stadt Mittel an die Hand zu geben. Der geeignete Weg scheint mir dafür der gangbarste zu sein.

Heraus zur Jugend-Rundgebung

am Mittwoch, den 1. März 1922, abends 7 Uhr, in den Sophienjulen, Sophienstr. 16/18, für Jugendschutz, gegen die 5stündige Arbeitswoche! Referent: Reichstagsabgeordneter Carl Schred.

Jugendliche, demonstrieren für eure Rechte! Protestiert gegen die drohende Verlängerung der Arbeitszeit!

Ortsauschuß der Arbeiterjugend-Organisationen Groß-Berlin. Freigewerkschaftliches Jugendratell.

Sozialistische Proletarierjugend. Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Kein Mangel an Irrenpflegern. Wir hatten in Nr. 75 mitgeteilt, daß in den Irrenanstalten der Stadt Berlin ein empfindlicher Mangel an Pflegerpersonal sich bemerkbar mache. Hierzu wurde uns mitgeteilt, daß auf dem städtischen Nachweis etwa 300 arbeitslose Pfleger seit längerer Zeit gemeldet sind. Es stehen gegenwärtig etwa 100 Irrenpfleger den Anstalten zur Verfügung.

Gefährlicher Unfug. Während der Fahrt beschossen wurde gestern nachmittag wieder einmal ein Eisenbahnzug in der Umgebung von Berlin, diesmal ein Fernzug kurz vor Trebbendorf. Getroffen wurde niemand. Reisende, die mit dem Zuge fuhren, machten Anzeige und die Kriminalpolizei leitete sofort die Ermittlungen ein. Für die Aufklärung des Anschlags und die Ergreifung der Täter ist, wie auch früher schon, für jeden Fall, auch jetzt wieder eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Dr. Niemann im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 582, entgegen.

An unsere Abonnenten!

Der Verlag der „Freiheit“, des einzigen Organs und Rüstzeuges im Kampfe zur Erringung der proletarischen Macht, der einzigen Interessenvertretung des Hand- und Kopfarbeiters, sieht sich leider gezwungen, abermals den Abonnementpreis zu erhöhen. Die ständig steigenden Gesehungskosten zwingen uns leider, schon für Monat März den Abonnementpreis von 21 Mark auf 25 Mark festzusetzen. Der Verlag glaubt, wenigstens für März noch zum alten Preis von 21 Mark die „Freiheit“ liefern zu können. Leider ist dieses nicht durchführbar, da die Gesehungskosten sich weiter noch in aufsteigender Linie bewegen, wie auch alle anderen wirtschaftlichen Ausgaben noch im Steigen begriffen sind. Wir glauben daher, von unseren Abonnenten und Genossen voraussetzen zu dürfen, daß sie ihrem einzigen Kampforگان, der „Freiheit“ die alte Treue bewahren werden, und daß sie auch bemüht sein werden, neue Leser, neue Anhänger und neue Kampfgenossen für unsere gerechte Sache zu gewinnen.

Wir bitten zum Schluß noch, unseren Botenfrauen möglichst unnötige Wege zu ersparen und den Abonnementbetrag von 25 Mark bereit zu halten, damit bei Vorlegung der März-Quittung sofortige Begleichung möglich ist.

Der Verlag wird auch für die Folge alles daransetzen, um seinen Abonnenten die „Freiheit“ regelmäßig zuzustellen, obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unendlich schwer ist, Botenfrauen für unbesetzte Touren zu erhalten.

Geld! Nur Geld!

Daß nicht wir das Geld, sondern das Geld uns hat, ist eine Einsenwahrheit. Der schände Kammon, um den sich alles, aber auch alles dreht läßt uns tyrannisch seine Macht fühlen. Wer kein Geld hat — und so geht es uns meistens — grübelt und sinnt darüber nach, wie er recht viele der schmutzigen Papierscheine mit ihren Bazillenkulturen ergattern kann, und wer Millionen hat, sinnt und sinnt, um zur Milliarde zu gelangen. In gigantischem Chorus brüllen, schreien, lächeln und stöhnen Männlein und Weiblein, Alt und Jung: „Geld! Nur Geld!“

Ja, wie kommt man zu Geld, zu viel Geld? Auch ich habe mir den Kopf darüber zerbrochen! Durch ehrliches, angestrengtes Schaffen? — Ehrlichkeit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr!

Nein, da muß man es schon schlauer anfangen! Ich steckte also 100 M. in die Lotke und ging — [spielen! Me Glücksspiel! sind bekanntlich leicht zu erlernen, damit möglichst viele Menschen, des Glückes gerupft zu werden, teilhaftig werden können. Noch in keinem Jahrhundert wurde so viel gespielt als in dem jetzigen. Alles spielt! Einer mit Karten, ein anderer mit Würfeln, die Roulettekugel rollt, Dominosteine klappern, und schließlich ist das Spekulieren mit Waren und Wertpapieren auch ein Spiel. Die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse geben einen guten Boden für das Spiel ab und veranlassen mehr Menschen als in ruhigen Zeitaltern zur Karte oder zu anderen Spielen zu greifen: „Entweder — oder!“ — Also ich mauschelte! In etwa zwei Stunden hatte ich 30 M. gewonnen. In Gedanken machte ich einen Ueberschlag: Macht in 1 Stunde 15 M., in 8 Stunden 120 M. — „aber schau da, schau da. Timotheus, mit meinem Geld bin ich am Schluß!“ Zweimal hintereinander „Mauschel“, in knapp zwei Minuten hatte ich die gewonnenen 30 M. verloren und meinen Grundstock von 100 M. dazu. — Nun konnte ich wieder einen Ueberschlag machen: In 2 Minuten 120, in einer Stunde 300 M., in 8 Stunden 3120 M. Brrrr! Soviel Geld gibts nicht!

„Und das Fazit von der Geschichte? Mit Spielen geht's erst recht nicht!“

Also auf zu neuen Zielen! Von den Junkern ist bekannt, daß sie notleidend sind, sie sagen es immer und wieder von sich selbst. Viele Menschen sprechen aber nur, um ihr Inneres zu verbergen. Da ich die Junker im Verdachte eines solchen Gebahrens habe, kaufe ich mir eine „Deutsche Tageszeitung“, um unter Umständen zwischen den Zeilen zu lesen, wie man so notleidend wie ein Junker werden kann. Ich wurde nicht enttäuscht. Geheime Zigarettenfabriken! Ein Mitarbeiter berichtet, daß Leute in Berlin Zigarettenstummel sammeln, die Brandstelle abschmelzen, aus dem Rest von Tabak neue Zigaretten herstellen und diese zu teuren Preisen verkaufen. Bald hatte ich einen solchen Stummelsammler ausfindig gemacht, der sich anbauern häßte, wie ein Bauer beim Kartoffelackern. Ich pätschte mich an ihn heran, um ihn zu „interviewen“, und fragte ihn nach allen Regeln der Kunst aus, was die Sache so einbringt. Seine Augen wurden immer größer. Endlich fand er seine Sprache wieder, klaffte so gar: „Mensch, du bist hier uff'm Balkan und nicht in Daldorf! Dir haben se woll' mit'm Vertikow gepudert!“ — Der Mann war schlau, er verweigerte die Aussagen. Er fürchtete die Konkurrenz. Oder sollte die „Deutsche Tageszeitung“ — — —? Doch nein, kein Engel ist so rein. Mit Stummelsammeln verdient man sicherlich mehr in einem Monat, als ein notleidender Junker in einem Jahr. Und was gilt die Wette? Nächstens geht der arme Heidebrand unter die Stummelsammler. Und ganz Ostelbien tut es ihm nach!

Und nun habe ich nur noch zu berichten, wie ich schließlich doch den Weg zum Geld gefunden habe. Anlässlich des Streiks der städtischen Arbeiter erließ bekanntlich der Berliner Bürgerbund einen Aufruf, der besagte: „Alle, die arbeiten wollten und durch den Streik nicht konnten, sollten Schadenersatz beantragen“. Nun denn, hier meine Aufstellung. Auch ich wollte in früheren Zeiten arbeiten und wurde verhindert durch den — Staat! 1911—1913 zwei Jahre Militärdienst, dann 4 1/2 Jahre „große Zeit“, das macht zusammen 6 1/2 Jahre, während der ich von der Arbeit abgehalten wurde. Das Jahr gerechnet zu 2000 Goldmark, macht zusammen

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Maxime Gorki

Umsatzrechtliches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(11. Fortsetzung)

Die Nacht kommt immer näher, die Luft wird frischer, der Lärm verstummt nach und nach, die hölzernen Häuser hüllen sich in Schatten und scheinen zu schwellen, zu wachsen. Die Kinder sind nach den Höfen gebracht, zum Schlafen, manche hat der Schlummer schon unter den Säunen überwältigt, an der Seite der Mutter oder auf ihrem Schoße. Auch die älteren werden ruhiger und sanfter, wenn es auf die Nacht zugeht. Jewhejenko ist spurlos verschwunden, wie weggetaucht, auch die Mattenslechterin ist nicht da; die Harmonika erklingt jetzt irgendwo in der Ferne, hinterm Friedhof. Ludmillas Mutter sitzt auf der Bank, weit vorgebeugt, mit gekrümmtem Rücken wie eine Katze. Die Großmutter ist zur Nachbarin zum Tee gegangen; sie ist Hebamme und Chéfirerin, eine große, schneidige Frau mit einer Entennase und der goldenen Rettungsmedaille auf der flachen Mannsbrust. Die ganze Straße hat Angst vor ihr, man hält sie für eine Zauberin und erzählt, daß sie bei einer Feuersbrunst die kranke Frau eines Obersten und seine drei Kinder aus den Flammen geholt habe. Die Großmutter ist mit ihr befreundet; wenn sie einander auf der Straße begegnen, lächeln sie sich schon von weitem ganz besonders freundlich zu.

Ich sitze mit Kostroma und Ludmilla auf der Bank am Tore. Tschurka hat den Bruder Ludmillas zum Ringkampf herausgefordert, sie haben sich gefaßt und stampfen, den Staub hoch aufwirbelnd, vor uns umher.

„So laßt das doch, Jungens!“ bittet Ludmilla sie ängstlich. Kostroma sieht sie mit seinen schwarzen Augen von der Seite an — er erzählt von dem Jäger Kalinin, einem grauhäarigen Alten mit pfliffigen Augen, den die ganze Vorstadt nicht gerade von der besten Seite kannte. Er war vor kurzem gestorben, doch hatte man ihn, wie Kostroma erzählte, nicht begraben, sondern den Sarg abseits von den anderen Gräbern unbestattet stehen lassen. Es sei ein schwarzer, hochpfliffiger Sarg, auf dessen Deckel mit weißer Farbe ein Kreuz, eine Lanze, ein Spazierstock und zwei Knochen aufgemalt seien. Nacht für Nacht erhebe sich der Alte, sobald es dunkel geworden, aus dem Sarge und irre, irgend etwas suchend, bis zum ersten Hahnenschrei auf dem Friedhof umher.

„Sprich nicht von so schrecklichen Dingen!“ bittet Ludmilla.

„Laß mich los!“ ruft Tschurka ihrem Bruder zu und sagt spöttisch zu Kostroma: „Schwindle doch nicht! Ich hab's selber gesehen, daß man den Sarg in den Sand verfenkt hat. Daß er zum Teil heraussteht — das stimmt, da wird eben das Deckel eingeseckt... Auch umgehen tut er nicht, das haben sich nur die versoffenen Schmiede ausgedacht...“

„So — dann geh' doch mal hin und schlaf eine Nacht auf dem Friedhof!“ verfehte Kostroma gereizt, ohne ihn anzusehen.

„It's wahr, Mütterchen, daß die Toten in der Nacht aus den Gräbern aufstehen?“

„Gewiß ist's wahr,“ antwortete die Mutter überzeugt.

Walef, der Sohn der Hölerin, ein rotbäckiger, dicker Bursche von zwanzig Jahren, hatte unsern Streit mit angehört und sagte:

„Wer von euch dreien bis zum Morgenrauen auf dem Sarge sitzen bleibt, bekommt von mir zwanzig Kopelen und ein Päckchen Zigaretten. Nimmt er Reißaus, so darf ich ihn bei den Ohren nehmen und schütteln, soviel ich will. Wer waagt es?“

Wir schwiegen alle drei betroffen, und Ludmillas Mutter mischte sich ein: „Unfinn! Wie kann man die Jungen zu solchen Dummheiten ermuntern?“

„Wenn du einen Rubel gibst, mach' ich's“, verfehte Tschurka stirnrunzelnd.

„Aber für zwanzig Kopelen hast du Angst?“ fragte Kostroma höhnisch, und zu Walef gewandt, fuhr er fort: „Biete ihm ruhig einen Rubel, er geht doch nicht, der Prachshans!“

„Gut, ich zahle einen Rubel!“ sagte Walef.

Tschurka stand auf und schlenderte langsam, ohne ein Wort zu sagen, am Jaun entlang. Kostroma kiedte den Finger in den Mund und ließ einen schrillen Pfiff hinter ihm her ertönen.

„Wie kann man sich nur so brüllen!“ bemerkte Ludmilla unwillig. Walef aber spottete:

„Ihr seid ja alle drei viel zu feig! Die letzten Jungen in der ganzen Straße wollt ihr sein? Hofenmacher seid ihr!“

Ich ärgerte mich über seine höhnischen Worte. Wir hatten den fatten Burschen schon längst auf dem Strich, er stiftete die Kinder der Straße zu lauler dummen Streichen an, erzählte ihnen schmutzige Geschichten von den großen Burschen und Mädchen und bededete sie, ihnen allerhand Pöffen zu

spielen. Das kleine Volk gehorchte ihm nur zu gern und bekam hinterher seine Prügel dafür. Meinen Hund konnte er nicht leiden, er warf mit Steinen nach ihm und gab ihm einmal ein Stück Brot, in das er heimtückisch eine Nadel gesteckt hatte. Als ich jetzt Tschurka so beschämt davonschleichen sah, packte mich eine innere Wut.

„Her mit dem Rubel“, sagte ich, „ich will gehen...“

Er sah mich geringschuldig lachend an und reichte den Rubel Ludmillas Mutter.

„Was soll ich damit?“ sagte sie unwirsch — „ich will mit der Sache nichts zu tun haben!“

Vergerlich brummend ging sie davon. Auch Ludmilla wollte den Rubelschein nicht nehmen, was dem übermütigen Burschen zu neuen Sticheleien Anlaß gab. Schon wollte ich erklären, daß ich auch ohne Geld gehen würde, da kam die Großmutter dazu und ließ sich erzählen, was wir miteinander vorhatten. Sie nahm den Rubel und sagte in aller Ruhe zu mir:

„Zieh' den Walefot an und nimm die Decke mit, gegen Morgen wird's kalt sein...“

Ihre Worte erhöhten meine Zurechtweisung, daß mir nichts Schlimmes widerfahren würde. Walef stellte die Bedingung, daß ich bis Tagesanbruch auf dem Sarge sitzen oder liegen sollte, ohne mich wegzurühren: was auch vorkommen mochte, wenn selbst der alte Kalinin aus dem Grabe stieg und der Sarg ins Wanken geriet — ich durfte nicht fort. Sowie ich nur auf die Erde sprang, hatte ich verloren.

„Ich werde dich die ganze Nacht beobachten, hörst du?“ sagte Walef.

Als ich mich anschickte, nach dem Friedhof zu gehen, machte die Großmutter das Kreuzzeichen über mir und gab mir ihren guten Rat mit auf den Weg.

„Sollte dir was erscheinen“, sagte sie, „dann rühr' dich nur nicht, sondern sprich das Gebet: „Freu' dich, o Himmelskönigin!“

Ich beschleunigte meine Schritte, um die Angelegenheit recht schnell zu erledigen. Walef, Kostroma und noch ein paar andere Jungen begleiteten mich. Ich kletterte über die Ziegelmauer, die den Friedhof umgab, stolperte beim Abspringen über meine Decke und fiel hin. Sprang jedoch sogleich wieder auf, als schleudere mich jemand in die Höhe. Lautes Lachen ertönte hinter der Mauer. Ein Jude ging durch meine Brust, und ein kalter Schauer lief mir über den Rücken.

(Fortsetzung folgt.)

12.500 Goldmark, oder bei 40facher Entwertung 500.000 Papiermark. Noch heute sehe ich mich hin und her und nicht durfte, bei hoher oder Todesstrafe sogar. (Ueber den Erfolg werde ich berichten!)
Tyllus

Delegiertentagung der ehemaligenKriegsgefangenen

Am Sonntag fand die angekündigte Delegiertentagung der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener statt, welche von nahezu 20 Ortsgruppen besetzt war. Die Bundesleitung war durch den ersten Bundesvorsitzenden Barsantl vertreten. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Großmann, in welchem derselbe die strengen Kriegsgesetze und andern wirtschaftlichen Fragen Stellung nahm, insbesondere zur Frage der Einigung aller Kriegsopfer-Organisationen, welche nur durch eine Arbeitsgemeinschaft derselben möglich sei. Besonderen Beifall erzielte der Referent bei der Stellungnahme zum sozialen Elend als Folge des Krieges, wobei er mit Recht darauf hinwies, daß es tief beschämend sei, einerseits zu sehen, daß es Leute gibt, die z. B. nur für den Anblick, daß ein Radfahrer den andern überholt, Tausende ausgebeugt, während der größte Teil des Volkes sich in der bittersten Not befindet. Er betrachtete es als die heiligste Aufgabe der ehemaligen Kriegsgefangenen, daran zu arbeiten, dieses schreiende soziale Elend verschwinden zu lassen. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Alle Diskussionsredner stellten sich vollinhaltlich hinter die Ausführungen des Referenten. In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a., daß in der Siedlungsfrage und in andern gemeinsamen Fragen eine Arbeitsgemeinschaft in allen Kriegsopferorganisationen herbeizuführen ist. Die Verammlung gelobt, ihre Kräfte dafür einzusetzen, vornehmlich die soziale Lage ihrer Kreise in jeder Weise zu verbessern und sie in den Dienst des Wiederaufbaus der Heimat zu stellen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde folgendes Resultat erzielt: Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig wiedergewählt: Großmann, zum zweiten Vorsitzenden: Schimmelpfennig-Berlin, Schriftführer: Wehde, Kassierer: Demald. Ferner gehören dem neuen Vorstand noch an: Eisenhardt, Hasubel, Brinmann und Jänisch.

Aufruf

Der Frühling naht!

Bäume und Sträucher bedecken sich mit neuem Grün. Jubelnd hängen die Vögel ihre Frühlingslieder. Und auch das Menschenherz fühlt den Frühling in sich erwachen. Alt und Jung drängt es hinaus ins Freie. Und besonders unsere Jugend greift frohen Mutes zum Wanderstab, und mit leuchtenden Augen wandern sie am frühen Morgen der Sonne entgegen. Der Schmutz der Großstadt, der die Seele vergiftet, bleibt hinter ihnen. Und Freude am Leben, Freude an der Natur ist es allein, was den Geist erfüllt. Aber ein Vermuthsritopfen fällt in den Becher der Freude. Fast unerfüllt werden die jungen Wünsche der Wanderer, wenn sie an die Aufstellung des Reiseplanes gehen. Fahrpreise in nie geahnter Höhe, dazu das viele Geld für Nachlager drohen dem Jugendwandler ein jähes Ende zu bereiten. Jugendherbergen sind wohl vorhanden, aber es sind zu wenige, sie vermögen den Andrang nicht zu befriedigen. Es ist darum mit Freunden zu begründen, daß der Bund für Jugendherbergen, dem fast alle Jugendorganisationen angehören, in der Woche vom 6.—12. März 1922 eine Jugendherbergengewerkschaft veranstaltet, welche Mittel aufbringen soll, um neue Jugendherbergen in Stadt und Land zu errichten.

Auch im Bezirk Neukölln hat sich ein Ausschuss gebildet, welcher durch eine Reihe Veranstaltungen und durch Verkauf von Bausteinen der Bevölkerung Gelegenheit geben will, ein Scherflein zu dem guten Werk beizutragen.

Es ist geplant: am Montag, den 6. März 1922, abends 7 Uhr, in Kleins Festhallen, Berlin, Hasenheide 13, eine öffentliche Werbeversammlung, am Freitag, den 10. März 1922, abends 7 Uhr, in der Aula des Reformgymnasiums, Boddenstr. 34-38, ein Lichtbildervortrag „Das deutsche Volkstüm“, am Sonntag, den 12. März 1922, mittags 12 Uhr, „Musikalische Freierstunde der Jugend“, im großen Saal der „Neuen Welt“, bestehend aus Orchesterkonzert unter freundlicher Mitwirkung von Frau Emmi Seemann-Bettenborn von der Staatsoper.

Weiter finden Veranstaltungen der hiesigen Vereine und Schulen statt.

Unterzeichnete richten an die Bevölkerung des Bezirks Neukölln die dringende Bitte, mit allen Kräften das schöne Werk zu unterstützen. Besucht die Veranstaltungen! Kauft Bausteine, welche in den Schulen, bei den Vereinen und im Jugendamt zu haben sind. Arbeitet alle mit! Gift es doch, unserem kostbarsten Gut zu helfen, unserer Jugend!

Der Ausschuss für die Jugendherbergengewerkschaft im Bezirk Neukölln.

Der Umsteigeverkehr zwischen Straßenbahn und Hochbahn. Eine wesentliche Verkehrserleichterung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft, indem, wie bereits angekündigt, von der Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn Umsteigefahrtscheine zu 3,50 M. ausgegeben werden, die zu je einer Befriedigung, ununterbrochenen Fahrt auf der Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn in der 3. Wagenklasse oder umgekehrt berechtigen. Die zweite Fahrt muß, wie bisher schon allgemein auf Umsteigefahrtscheine, innerhalb zwei Stunden nach der durch Lösung des Fahrscheins gekennzeichneten Stunde angetreten werden. Für die Befriedigung gelten im übrigen die auf den beiden Verkehrsunternehmen bestehenden Beförderungsbedingungen. Die Fahrpreise werden im Interesse einer schnelleren Abfertigung erhöht, Hochbahn-Umsteigefahrtscheine bei den Straßenbahnkassierern ausgedrückt als solche zu fordern, da für den alleinigen Straßenbahnverkehr die bisherigen Umsteigefahrtscheine auch weiterhin ausgegeben werden. Für größere Gedächtnisse, die bei der Straßenbahn gebührenpflichtig und bei der Hochbahn von der Befriedigung ausgeschlossen sind, sowie für größere Hunde werden Umsteigefahrtscheine nicht ausgegeben, ausgenommen die Führerhunde der Blinden. Im Uebergangsverkehr zwischen der Berliner Straßenbahn und der Straßenbahn Warschauer Brücke—Berlin-Lichtenberg, Wagnerplatz, werden Umsteigefahrtscheine nicht ausgegeben.

Die Verurteilung im Kohlenkeller. Die Geheimnisse einer Nachbarin mit Schieberpreisen wurden in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III aufgedeckt. Ein Schlosser Randauf hatte vom Wohnungsgast einen in der Ehenader Straße gelegenen ehemaligen Kohlenkeller als Wohnung und Werkstatt zugewiesen erhalten. Bald darauf vermietete er einige Räume des Kellers an eine Frau Anna Schröder, welche darin einen Mittagstisch eröffnen wollte. Es zeigte sich aber schon nach wenigen Tagen, daß aus dem Mittagstisch ein Mitternachtstisch geworden war, denn in dem ehemaligen Kohlenkeller verbreiteten sich Gerüche, welche den Dampfen eines gewissen Dämmers und auf den angenehm gedünsterten Rauteiseln ähnelten. Die Herrin Schieber von Kriegs- und Revolutionsgnaden mit ihren Dämmen bei einer „Pulle Knallbräbe“ (genannt Selt) für 350 M. Als eines Nachts ein Kriminalbeamter in die Kohlenkellerlokale hineingeriet, erklärte ihm eine als Antimierweibchen dort sitzige dunkelblaugelbe Mutantin, daß es hier nur Seife gebe. Da der Beamte es nicht verurteilen konnte, auf Staatskosten Seife für 350 M. zu bestellen, erbat er sich einen Kognak, der „hoh“ 30 M. kostete und den ihm die Mutantin zudem auch noch abstank. — Wegen Randauf und die Schröder wurden Strafbefehle über je 8000 M. erlassen, welche jedoch jetzt auf 3000 bzw. 1500 M. Geldstrafe ermäßigt wurden.

Gewerkschaftliches

Lohnherabsetzung und veränderte Arbeitszeit

Der Generalrat der Gewerkschaften Englands stellt den seiner Ueberzeugung nach immer stärker einsetzenden und bis ins einzelne durchdachten Bestrebungen der Unternehmer, eine Verminderung der Löhne und eine beträchtliche Vermehrung der Normalarbeitsstunden durchzuführen, ein sehr entschlossenes Manifest entgegen.

In diesem erklärt er vorweg, daß ein derartiger Versuch an dem Widerstand der britischen Arbeiterschaft scheitern werde. Den in Unternehmertreuen immer wiederkehrenden Darstellungen, nach welchen eine „nationale Ersparnis“ an Arbeitslöhnen — ob direkt durch Kürzung der Lohnsätze oder indirekt durch Vermehrung der Arbeitsstunden — im weiteren Interesse der Industrie und der Gesellschaft gelegen wäre, wird hier gründlich an den Leib gerückt. Das Manifest läßt diese „ökonomische Illusion“ durch den Hinweis auf eine Reihe von Tatsachen zu entkräften, welche die von ihm aufgestellte Behauptung, daß eine schlecht bezahlte Arbeit volkswirtschaftlich keinen Vorteil bedeuten könne, folgendermaßen veranschaulichen:

1. Jede Verminderung des Arbeitslohnes muß, indem sie die Lebenshaltung des Arbeitenden herunterdrückt, auch den Produktionsertrag herabsetzen, sowohl in bezug auf die Güte wie auf die Menge der Arbeitsleistung.

2. Jede Verminderung des Lohnes, die dem Arbeiter zur Zeit einer schlechten Konjunktur aufgedrängt wird, erzeugt bei ihm eine tiefe Mißstimmung, die den Fortgang in der betreffenden Industrie schädigt.

3. Herabgesetzte Löhne sind keine Gewähr des Gedeihens, weder für einen Industriebetrieb noch für das Ganze der Volkswirtschaft. Im Gegenteil:

a) Auf dem innern Markt wird die Wirkung des niedrigen Lohnniveaus durch die Konkurrenz wettgemacht, die den Verkaufspreis senkt.

b) Auf dem internationalen Markt geht das Sinken des Lohnniveaus in einem Lande schleunigst auf die anderen Länder über, und infolgedessen werden die Vorteile der niedrigen Löhne durch eine Steigerung der fremden Konkurrenz aufgehoben, woraus dann folgt, daß das auf diesem Wege zu erreichende dauernde Ergebnis einzig in der internationalen Verschlechterung der Lohnsätze bestehen wird.

c) Im allgemeinen sind übriges weder die Industrie noch die Länder, in denen niedrige Löhne herrschen, durch Arbeitslosigkeit und industrielle Entwicklungshöhe ausgezeichnet.

d) Niedrige Löhne haben die Tendenz, unwirksame Produktionsmethoden, ein veraltetes Arbeitsverfahren und schlechte Organisation der Betriebe aufrechtzuerhalten.

e) Jede beträchtliche Herabsetzung des Lohnes, den eine Nation an ihre Arbeiterklasse entrichtet, schädigt, indem sie eine Verminderung der innern Kaufkraft mit sich bringt, die Interessen der ganzen Industrie.

Es wird festgestellt, daß eine erhebliche Herabsetzung der Löhne schon seit 1921 eingeleitet hat. Auf welchem Wege einer genaueren Berechnung wird der Betrag, um welchen die Arbeiterschaft seit dieser Zeit veräußert worden ist, auf 286 Millionen Pfund pro Jahr geschätzt. Eine Ziffer, die ein beträchtliches Opfer seitens der arbeitenden Klasse darstellt und immer noch in ihrem Aufblick begriffen ist.

Allgemein ist es richtig, daß die Herabsetzung der Löhne keinen für die Arbeiterklasse für das Gedeihen der Industrie gebracht hat. Im Maschinenbau und im Bergbau sind vorgesetzt die wesentlichen Lohnkürzungen vorgenommen worden, ohne daß daraufhin eine irgendwie bemerkbare Besserung der Lage zu verzeichnen wäre.

Die Behauptung vollends, daß eine Vermehrung der Arbeitsstunden die Gelandung der Konjunktur und damit des kranken Wirtschaftskörpers herbeiführen könnte, wird als offensichtlicher Trugschluß entlarvt. Es werden Auszüge aus den verschiedensten amtlichen Berichten, vornehmlich aus denen der Gewerbeinspektoren beigebracht — also durchweg Ergebnisse unparteiischer, geduldigster Forschung und praktischer Erfahrung —, aus denen hervorgeht, daß die Herabsetzung der Arbeitsstunden in einer überwiegenden Zahl der Fälle, weit entfernt, die Produktion zu vermindern, sie eher noch gefördert hat. — Zum Schluß freilich heißt es offen und entschieden:

Abgesehen von den Feststellungen, die wir hier über die von Unternehmerseite geplante und durchgeführte Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung vorgetragen haben, ist es unsere Pflicht, prinzipiell auszusprechen, daß wir, selbst für den Fall, daß dieses Programm als ökonomisch vorteilhaft erwiesen werden könnte, fortgehen würden, eine Anschauung zurückzuweisen, die bereit ist, die schwer erkämpfte Lebenshaltung des Arbeiters preiszugeben. Das moralische Anrecht des Arbeiters auf seinen vollen Arbeitsertrag und auf die zunehmende Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird in kräftigen Worten ausgesprochen. Die Arbeiterbewegung weist die Theorie zurück, wonach die wesentliche Funktion der Industrie sein sollte, daß sie den Arbeitern zu essen und den Unternehmern sich zu bereichern gestatte. Wenn die letzteren ihre Gewinne erfahrungsgemäß erst dann für befriedigend erachteten, wenn sie ihren Nachkommen ein arbeitsloses Einkommen sicherten, so erklären demgegenüber die Vertreter der sechs Millionen organisierten Arbeiter Englands, daß sie nicht gewillt seien, als den Hirsel des Erreichbaren die jegliche Lebenshaltung der Arbeiterschaft und den heute erreichten Grad ihrer physischen und moralischen Entwicklung anzusehen, daß sie vielmehr auch weiterhin alles daransetzen würden, um auch durch die notwendigen Änderungen der Verfassung eine höhere Lebens- und Kulturstufe für sie zu erreichen.

Forderungen der städtischen Arbeiter

Unter dem 22. d. M. reichte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, der Deutsche Transportarbeiterverband, der Verband der Kaufmännischen und Feiner, der Deutsche Metallarbeiterverband und der Verband der Gärtner und Gärtnerinnen an den Magistrat folgende Anträge für die städtischen Arbeiter ein:

1. Auf sämtliche Stundensätze des 8. Lohnstufens sind folgende Lohnherabsetzungen zu gewähren: 1. ab 1. Januar bis 31. Januar 1922 1,50 M., vom 1. Februar bis inkl. 15. Februar 1922 weitere 3 M., und ab 16. Februar 1922 weitere 3 M. pro Stunde. 2. Wir beantragen weiter, die so festgelegten Löhne als Mindestlöhne zu bezeichnen. 3. Die Einkommensgrenze für die Kinderbeihilfe ist für Bezugsberechtigte auf 4000 M. pro Jahr festzusetzen.

Zu gern, vormittags 10 Uhr, hatte der Magistrat die vorstehenden Verbände nach dem Rathaus, Magistrats-Sitzungsaal, eingeladen, um auf Grund des Schiedspruches in die Verhandlungen des Manteltarifes einzutreten.

Auf Antrag der Arbeitnehmer-Vertreter wurden diese Verhandlungen zurückgestellt und in die Verhandlungen des Lohnstufens eingeleitet. Bezüglich der Lohnsätze wurden Zugeständnisse seitens der Magistrats-Kommission nicht gemacht. Abgelehnt wurden die Nachsätze, in denen die tarifliche Löhne als Mindestlöhne bezeichnet werden und die Einkommensgrenze für die Kinderbeihilfe auf 4000.— Mark pro Jahr festgelegt wird. Seitens des Magistrats wurde eine Verringerung der Ergänzungs-Bestimmungen dahingehend verlangt, daß die bestehenden besseren Lohnbedingungen gestrichelt werden und ebenso die Anerkennung von 10 Wg. Zulage für erschwerte Arbeit und der Begriff der technischen Betriebe.

Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Arbeitnehmer-Vertreter erklärten darauf, den Schlichtungsausschuss

Groß-Berlin anzurufen zu wollen. Der Magistrat wird in seiner Sitzung am Mittwoch zu der Angelegenheit Stellung nehmen und voraussichtlich das Reichsarbeitsministerium um einen Spruch anzurufen.

Metallarbeiter!

Am 2., 3. und 4. März findet die Restauszahlung an die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen aus dem Sammelfonds zur Weihnachtunterstützung statt. In Frage kommen Kolleginnen und Kollegen, die am 31. Dezember 1921 arbeitslos waren und zur Zeit der Auszahlung noch arbeitslos sind und mindestens 26 volle Beitragsmarken entrichtet haben.

Die Auszahlung findet für diejenigen Mitglieder, deren Namen mit den Anfangsbuchstaben A—H beginnen am 2. März, I—Q am 3. März und R—Z am 4. März statt. Ausgezahlt wird in der Zeit von 11—3 Uhr im Metallarbeiter-Verbandsbau, Piniestraße 83/85, großer Saal. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß irgend welche Nachzahlungen unter keinen Umständen stattfinden.

Nachzügler haben keinen Anspruch.
Die Arbeitslosenkommission.

Beiratsitzung des Verbandes der Fabrikarbeiter

Der am 21. und 22. Februar in Hannover versammelt gewesene Beirat des Verbandes nahm zur Beitrags- und Unterstützungsfrage Stellung. Es wurden sechs Beitragsklassen (bisher vier) eingeführt.

Der wöchentliche Beitrag beträgt in der 1. Klasse 3 M., in der 2. Klasse 4 M., in der 3. Klasse 5 M., in der 4. Klasse 6 M., in der 5. Klasse 7 M. und in der 6. Klasse 8 M.

In die 1. Klasse gehören alle Mitglieder mit einem tariflichen Stundenlohn bis zu 4 M., in die 2. Klasse alle Mitglieder mit über 4 bis 6 M. tariflichem Stundenlohn, in die 3. Klasse alle Mitglieder mit über 6 bis 8 M., in die 4. Klasse alle Mitglieder mit über 8 bis 10 M., in die 5. Klasse alle Mitglieder mit über 10 bis 12 M., in die 6. Klasse alle Mitglieder mit mehr als 12 M. tariflichem Stundenlohn. Für Akkordlöhne gelten dieselben Bestimmungen.

Die Unterstützungssätze erfahren eine entsprechende Erhöhung. Am 1. April 1922 treten die neuen Sätze in Kraft.

Streik der Böttcher. Der Streik der Böttcher, von dem wir vor einigen Tagen berichteten, hat sich verschärft, insofern, als die Vereinigung der Groß-Berliner Arbeitgeber im Böttchergewerbe diejenigen Böttcher, welche vom Aktionsausschuss noch nicht zum Streik aufgerufen waren, ausgesperrt hat. Wie uns der Böttcherverband mitteilt, haben trotzdem einige Firmen, sowie sämtliche außerhalb der Arbeitgebervereinigung stehende Betriebe die Forderung der Böttcher bewilligt. In diesen Werkstätten werden ab 15. Februar 15,20 Mark und ab 1. März 17,20 Mark pro Stunde und darüber gezahlt. Bekannt ist ferner, daß die Verluste, welche viele Firmen durch den Streik erleiden (einbegriffen sind u. a. die Eisfabriken) schon jetzt größer sind, als die Konventionalsätze, welche die Arbeitgebervereinigung ihren Mitgliedern auferlegt hat, für den Fall, daß einzelne Firmen die Forderung der Böttcher bewilligen.

Als Gegenrechnung wird der Böttcherverband einige besonders schamhafte Firmen auch nach dem Streik — der längere Zeit dauern wird — für Böttcher sperren, was nicht schwer fallen dürfte, da die Arbeitskräfte im Böttchergewerbe ganz besonders knapp sind. — Der Stundenlohn beträgt ab 15. Februar 15,20 M. und nicht 15,20 M. — In der Eisfabrik R. Kühne, Brunnenstr. 111, verrichtet ein Angestellter Grabobstins (Deutschnationaler Handlungsausschussverband) Streikarbeit. Die übrigen Arbeitnehmer von Ewig-Kühne sind hiermit öffentlich darauf hingewiesen.

U. S. V. D. Vertrauensleute der Zimmerer! Heute, abends 7 Uhr, Sitzung bei Krüger, Engel-Ufer 13. Sämtliche Bezirke müssen vertreten sein.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Für die Ortsgruppen der um Berlin liegenden Distrikte Berlins liegt im Sekretariat Berlin, Breite Straße 8/9, neues Agitationsmaterial zum Abholen bereit.

15. Verwaltungsausschuss. Abends 8 Uhr Fraktionsitzung im Amtsaus-Rieselschneide.

Mittwoch, 1. März

16. Verwaltungsausschuss (Königs-, Friedrichshagen, Hohenschulz, Kohnshorn und Grünau). Abends 8 Uhr Sitzung der Bezirksvereine und der Bezirksleitung im Kaiserhof-Kathaus, Zimmer 4.

18. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Fraktion mit der kommunalen Kommission im Rathaus, Zimmer 21.

19. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Bes. und Vergemeinschaftung im Friedrich-Rieselschneide, Mittenwalder Str. 34. Um zeitliche Erscheinung ersuchen die Bildungsausschüsse.

Donnerstag, 2. März

1. Verwaltungsausschuss. Elternbeiräte. Abends 7 Uhr Zusammenkunft in der Schule Peterburger Str. 4. Wegen der außerordentlich wichtigen Tagesordnung muß jede Schule unbedingt vertreten sein. Interessenten und Freunde der Schule willkommen.

20. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Sitzung der Zeitungs- und Agitationskommission bei Bier, Rauschstr. 2.

Vereinssalender

Dienstag, 28. Februar

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Zabelstraße. Gruppe Zigarettenfabriken. Abends 7 Uhr wichtige Funktionärsversammlung bei Walter, Kungestr. 17. Internationales Bund der Arbeiter (Gruppe Städtische-Friedens). Abends 8 Uhr Versammlung bei Schönbach, Oberstr. 10a.

Mittwoch, 1. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Abt. Verkehrsband (Straßen- und Kleinbahn). Abends 6 Uhr Jahresversammlung der Section III im Saal 4 des Gewerkschaftshaus, Angelstr. 24-26. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Diskussion. 2. Umsatz der Sectionaleitung. — Handwerksarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenwäberei, Schürzen, Unterrock und Kinderkleiderstoffe. Abends 8 Uhr Gruppenversammlung bei Witzke, Uckerstr. 20. — Handwerksarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Tuchbranche. Abends 6 Uhr Gruppenversammlung bei Witzke, Uckerstr. 20.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Abends 8 Uhr Branchenversammlung der Ucker- und Kottbuscher in Hotel von Preyer, Wehstr. 17. Tagesordnung: 1. Der Ablauf des Jahres. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verhältnisse. 4. Sämtliches Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen ist unbedingt Pflicht. — Die Branchenleitung.

Buchbinder. Betriebsbeiräte der reinen Buchbinder. Abends 8 Uhr wichtige Sitzung bei Schirm, Charlottenstr. 8. Wg. bitten um zeitliche Erscheinung. Zentralverband der Buchbinder. Baumstr. 3. Abends 8 Uhr wichtige Sitzung bei Schirm, Charlottenstr. 8. Wg. bitten um zeitliche Erscheinung. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Zweigbau, Kommandantenstr. 15-16a.

Donnerstag, 2. März

Zentralverband der Metallischen und Feiner. Abends 8 Uhr Versammlung aller Kolonnen, Berlin, sowie Vertretungen der hiesigen Betriebe in der neuen Pflanzgarten, Köpenicker Str. 97/98 (Spillo-Saal). Tagesordnung: 1. Besprechung des Berichts von der Reichskonferenz in Kassel. 2. Stellungnahme zu 16. Industriegruppe.

Bund der technischen Vogelheiler und Seeräte. Ortsgruppe Nordost 1. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Petzke, Lützowstr. 79. verbunden mit Vortrag des Herrn Siebthausen über: „Kritik der verschiedenen Verhältnisse zur Sanierung der Flüssen, speziell die Erhaltung der Schwermetalle“. Reichliche Delegiertenwahl zum Bundeskongress. Bitte willkommen.

Zentralverband der Vogelheiler. Ortsgruppe, Köpenick. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in Anstalts-Schiffen. Neue Friedrichstr. 33. — Berlin-Pflanzgarten, Köpenicker Str. 97/98. — Köpenicker-Turnhalle. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der neuen Pflanzgarten, Köpenicker Str. 97/98. — Feiler, Köpenicker-Schneide. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der neuen Pflanzgarten, Köpenicker Str. 97/98.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel. Berlin: für den Verlagsanstalt und polizeiliche Mitteilungen: Edmund Kameziner. Berlin: Verlagsanstalt „Arbeiter“ 6 M 5 H Berlin — Druck der Berliner Drucker 6 M 5 H Berlin E 2. Breite Straße 5-8

Überreicht eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend fränkischer Briefumschlag beiliegt! Im Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Verstellte.

Kleide Dich billig, elegant! Jackett-Anzüge, Cufaways, Schlüpfen, tells aus Seide, jetzt für 400—600 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfuchs 300 Zabelfuchs 400 Blau-, Silberfuchs, Skunks, Wölfe, Luchs. Sportpelze 800. Gehpelze 1500, Palmfuchs 2500. Keine Lombardwaren